Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 6.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 200 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 238. Dienstag, den 11. Oktober 1921. 28. Jahrgang.

Der Endkampf um Oberschlesien.

Dr. L. Lübeck, 11. Oktober.

Es ist ein merkwürdiger Zufall, daß die traditionelle Rede des französischen Ministerpräsidenten Briand vor dem Zusammentritt der Kammer zeitlich zusammentrifft mit den sicher nicht ganz unbegründeten Gerüchten über eine für Deutschland ungünstige Teilung Oberschlesiens.

In dieser Rede hat nämlich zum ersten Male eine führende Persönlichkeit Frankreichs den Mut gefunden, dem französischen Volke die volle Wahrheit zu sagen; offen auszusprechen, daß man sich bisher über die Zahlungsfähigkeit Deutschland völlig phantastischen Illusionen hingegeben habe, die durch den mitleidlosen Schritt der Tatsachen endgültig und restlos zerrissen worden seien. Man habe Deutschland in dem Londoner Ultimatum 132 Milliarden Goldmark auferlegt; das wären nach dem Kurs zur Zeit des Waffenstillstandes noch nicht 250 Milliarden Papiermark gewesen. Heute vor einem Monat wären daraus schon 2500 und nun über 4000 Milliarden Papiermark geworden. Innerhalb weniger Wochen hätte sich also alles auf den Kopf gestellt, die deutsche Zahlungsfähigkeit sowohl als auch die weltwirtschaftliche Gesamtentwicklung. Indirekt gab damit Briand die verhängnisvolle Auswirkung des Versailler Vertrages zu. Aber er verteidigte die Politik der geistigen Väter dieses Vertrages und seine eigene mit der Ausrede, niemand hätte eine solche Entwicklung voraussehen können; niemand habe eine Ahnung gehabt, daß dieser Vertrag die Grabesstimme des internationalen Handels werden sollte.

Es wäre unnütz, Herrn Briand daran zu erinnern, daß es genug Leute gegeben hat, die ihre warnende Stimme einst erhoben haben, die Punkt für Punkt vorhergesagt, wohin Clemenceau die Welt führen würde. Daß Männer wie Keynes und Baruch vor dem Londoner Ultimatum die Entente immer wieder beschworen haben, die Wirkung ihres neuen Diktates zu bedenken.

Aber eines wird man sich in Paris doch sagen lassen. Um sich zu dem Bekenntnis durchzuringen, daß Versailles und Ultimatum eine Torheit waren, hat Briand ein halbes Jahr gebraucht. Um einzusehen, daß man in Oberschlesien einst noch viel größere Torheiten gemacht hat, wird er kaum ein Vierteljahr nötig haben. Heute noch genau wie in den ersten Tagen nach dem Waffenstillstand bewegt sich die französische Politik in dem ausgetretenen Geleise der Polenliebe und des Deutschenhasses. Als ob alles das, was Briand am Sonntag seinen aufhorchenden Zuhörern in der kleinen Hafenstadt St. Nazaire von der allerseits drohenden wirtschaftlichen Katastrophe erzählte, nichts wäre als ein fernes Geläute, das man wohl hört, das man aber gar nicht beachtet.

Eine Ueberlegung möge Frankreich an die Spitze aller seiner Pläne stellen. Deutschlands Monarchisten ist es gelungen, mit der alten Erbfeindphrase ihr Land nach wenigen Jahrzehnten in den Sumpf zu führen. Frankreichs Nationalisten werden den gleichen Erfolg auf ihre Fahne schreiben können, wenn sie mit ihrer Erbfeindpolitik die Oberhand behalten.

Bisher sind jedenfalls irgendwelche Anzeichen einer Besserung nicht vorhanden — mit Ausnahme der genannten Rede Briands in St. Nazaire, die aber vorläufig nur eine Rede ist. Nach wie vor sieht Frankreich am hellen Tage Gespenster; nach wie vor hat es nur ein Ziel, Deutschland für alle Zukunft kampfunfähig zu machen, indem es ihm seine Bodenschätze entzieht, und indem es große Teile seiner Industrie abtrennt, um sie Polen zu geben. Diese Pläne Frankreichs hätten doch nur dann einen Sinn, wenn Deutschland tatsächlich auf Rache sänne, wie die französischen Nationalisten behaupten und manchmal aus törichten Aeußerungen deutscher Monarchisten und arbeitsloser Generäle auch belegen können. (Die besten Freunde Frankreichs und gleichzeitig die Totengräber Oberschlesiens sind also die deutschmonarchistischen Blätter und ihre Hintermänner. Wieviele von ihnen wohl ebenso von den Entente-Militaristen bestochen sein mögen wie der Danziger deutschnationale Lüdecke?)

Der Völkerbundsrat scheint der Versuchung erlegen zu sein, zwischen diesen französischen Plänen und der englischen Auffassung, die rein wirtschaftlich-egoistisch orientiert ist, zu vermitteln. Er ist dadurch auf Abwege geraten; denn wenn von einer Teilung des Industriegebietes gesprochen wird, oder von einer Abtretung von Königshütte und Kattowitz, so ist das ein Vorschlag der Ungerechtigkeit. Und wenn man in Genf gar auf den unsinnigen Ausweg verfallen ist, das Industriegebiet wirtschaftlich bei Deutschland zu lassen, politisch es aber Polen zuzusprechen, so kann das nur einen Sinn haben, wenn unter allen Umständen ein deutsch-polnischer Krieg erzwungen werden soll. Könnte ein Völkerbund aus den Bismarckschen Schiebungen mit Schleswig-Holstein von 1864 bis 1866 nicht allerhand gelernt haben?

In der ganzen Ungewißheit über das Schicksal Oberschlesiens ist nur etwas gewiß: Der Endkampf um dieses reiche Land, das deutscher Fleiß und deutsche Arbeit geschaffen haben, hat begonnen. Die Entscheidung steht unmittelbar bevor; der Völkerbundsrat hat schon beschlossen, nur scheint England, d. h. Lloyd George, mit dem Beschluß nicht einverstanden zu sein. Auf diese oder jene Ueberraschung kann man also immerhin noch gefaßt sein; zu großem Optimismus ist aber keinesfalls Anlaß.

Wie die Entscheidung auch ausfallen möge, für uns steht jetzt schon fest, daß wir uns dem Unrecht niemals beugen werden. Unsere Proteste werden vielleicht ungehört verhallen; aber die Geschichte wird uns einst unser Recht wiedergeben. Bisher hat in der Weltgeschichte nicht ein einziges Unrecht Bestand gehabt. Wie lange soll die Menschheit noch leiden, bis sie die Wahrheit dieses Satzes einsehen und darnach handeln wird?

*

Berlin, 11. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)

Zu den gestrigen Enthüllungen des „New York Herald“ über die Vorgänge in Genf schreibt die rechtsstehende „Libre Parole“: Die Meinungsverschiedenheiten erstrecken sich auf zwei Punkte. Zunächst auf die Zuteilung von Königshütte und Kattowitz an Polen und dann auf die Einsetzung der internationalen Kommission für die wirtschaftliche Kontrolle, die unzweifelhaft eine der barockesten Schöpfungen wäre, die die neue Diplomatie zur Welt gebracht habe. Die Vaterschaft derselben werde dem Belgier Hymans zugeschrieben. (!) Sie wäre das würdige Gegenstück zu der unwahrscheinlichen Kombination von Wilna.

*

Aus Anlaß der beunruhigenden Nachrichten über die oberschlesische Frage in Genf hat der Reichsminister des Aeußern, Dr. Rosen, den deutschen Botschafter in London, Sthamer, telegraphisch nach Berlin berufen. Der Botschafter, der gestern in Berlin eingetroffen war, ist nach einer Konferenz mit Rosen wieder nach London abgereist.

*

Schon der Zusammentritt des Kabinetts Wirth in den späten Abendstunden des Montags zeigt, daß in Regierungskreisen die Situation äußerst ernst beurteilt wird und daß kein Optimismus bezüglich der Lösung der oberschlesischen Frage angebracht ist. Zwar kennt die Reichsregierung weder die Pläne, noch die Absichten des Völkerbundsrates. Immerhin gestattet das Material der verschiedensten Korrespondenten aus Genf einen mutmaßlichen Ueberblick über die Verhandlungen der Viererkommission. Es ist heute nicht mehr daran zu zweifeln, daß der Völkerbundsrat dahin arbeitet, sowohl dem französischen wie dem englischen Standpunkt gerecht zu werden und daß durch diesen Lösungsversuch das deutsche Recht abermals verletzt wird und ein Kompromiß in Aussicht gestellt ist, das den deutschen Interessen nicht im geringsten entspricht.

Am klarsten gehen die Absichten des Völkerbundsrates aus einem Interview des oberschlesischen Pfarrers Ulitzko hervor. Ulitzko, der mehrere Tage in Genf weilte, um die deutschen Interessen zu vertreten, äußerte einem Vertreter des „B. T.“ gegenüber u. a. folgendes:

„Er (ein Entwurf) will dem englischen Standpunkt Rechnung tragen, daß das oberschlesische Industriegebiet eine Wirtschaftseinheit ist, die nicht auseinander gerissen werden darf, und will auch den französischen Standpunkt versöhnen, daß die Bevölkerung des Industriegebietes polnisch sei und daher zu Polen gehörig. Man glaubt die versöhnende Lösung darin gefunden zu haben, daß man politisch das oberschlesische Industriegebiet zu seinem weitgrößten Teile zu Polen schlage, diesen polnisch gewordenen Teil aber als wirtschaftliche Einheit erhalten will, so daß die in der Industrie führende deutsche Intelligenz da selbst arbeite, und der deutsche Besitz dabei bewahrt bleibe. Dieses Projekt läuft auf eine glatte Zuteilung des Industriegebietes an Polen hinaus, hat aber noch den Nachteil, daß in dem naturnotwendig gegebenen Konflikt um die wirtschaftliche Suprematie die deutsche, wie die polnische Bevölkerung Oberschlesiens gleichmäßig leiden.“

Ulitzko bezeichnet diesen Plan als praktisch undurchführbar und teilt somit nicht nur die Auffassung der Reichsregierung, sondern auch die führender maßgebender Kreise des Auslandes. Aus Amerika, Italien und anderen Ländern sind bereits Stimmen laut geworden, die in Vorausahnung der vom Völkerbund geplanten Lösung, sowohl eine Neutralisierung, als auch eine Teilung nicht nur für schädigend, sondern aus den verschiedensten Gründen für undurchführbar erklärten. Neuerdings erkennt auch der englische Parlamentarier Kennworthy an, daß der höchstentwickelte Industriebezirk Europas unteilbar ist, wie das Werk einer Uhr. Wir haben die Stimmen unparteiischer Ausländer, wie sie vorstehend inhaltlich gekennzeichnet sind, unter dem Hinweis auf die tatsächlichen Verhältnisse als eine Erkenntnis aus der Praxis und der wirtschaftlichen Notwendigkeit bezeichnet und müssen auch heute weiter der Auffassung bleiben. Ein ungeteiltes Oberschlesien, soweit das Industriegebiet in Frage kommt, liegt nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern im Interesse Europas, das auf deutsche Arbeit nie verzichten kann. Sollte der Völkerbundsrat mit Rücksicht auf die politischen Absichten einer Ententemacht dennoch eine Entscheidung fällen, die den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Europas zuwiderläuft, dann wird diese Lösung nicht ohne Rückwirkung auf das deutsche Regierungsverhältnis bleiben. Das Kabinett Wirth hat seine Politik der Erfüllung nicht unbegründet auf die Berücksichtigung des deutschen Rechts auf Oberschlesien aufgebaut. Wird diese Hoffnung auf unser Recht enttäuscht, dann werden uns zugleich die Möglichkeiten zur Erfüllung der schweren Verpflichtungen genommen, die uns von Ententeseite auferlegt sind. Erst am Sonntag hat Briand eine Rede gehalten, die einen versöhnlichen Anklang hatte. Soll diese Versöhnung gefördert werden, dann ist eine Entscheidung über Oberschlesien notwendig, die dem deutschen Volke die Möglichkeit zum Leben läßt und die somit die Existenzfähigkeit des Kabinetts Wirth sichert. Stürzt die jetzige Regierung über die von Ententeseite gefällte Entscheidung, dann werden nicht nur in Deutschland, sondern in Europa Zustände eintreten, für die die augenblicklichen Machthaber jenseits unserer Grenzen allein die Verantwortung zu tragen haben. Wir flehen nicht um große Rücksichtnahme, sondern wir erheben Anspruch auf unsere Lebensfähigkeit und wir verlangen unser gutes Recht, das durch die Volksabstimmung in Oberschlesien gekennzeichnet ist.

Mörderzentrale „Oberland“.

München, 10. Oktober. (Vorwärts.)

Die „Münchener Post“ bringt heute wieder umfangreiches Material über die in München bestehende Mörderzentrale und ihre Zusammenhänge mit dem oberschlesischen Mördernetz. Sie schreibt: In München besteht kein „Wurfkommando“, sondern es heißt nämlich „Rollkommando in Oberschlesien“. Die Leute des Rollkommandos sind ausgerüstet mit Gummiknüppeln und Brownings. Ihr Führer in München hat fünf Wohnungen. Ein Sonderbund dieser Organisation heißt: Bund der Elf. Das Artilleriedepot dieses Oberlandes hat einen eigenen Intendanten und erhält von der Zentrale in Breslau die Gelder. Ein Münchener Professor ist Batterieführer von Geschützen, die das Oberland an bestimmten Orten in den Vororten Münchens versteckt hat. Eine Haussuchung in sämtlichen Bureaus des Oberlandes ist deswegen meistens ergebnislos, weil die betreffenden Herren die Akten in ihre Wohnungen mitnehmen. Die Akten des Artilleriefreikorps Oberland enthalten die

Aufzeichnungen über sämtliche Munitions-, Waffen- und Geschützdepots.

Diese Artillerieakten enthalten aber auch die Infanterieaufstellung von Oberland. Die drei Infanteriebrigaden sind unter dem Namen Eiche, Buche und Esche aufgeführt. Für diese Infanteriebrigaden sind sämtliche Ausrüstungsgegenstände in reichem Maße vorhanden. Der Artillerieformation genügen die Waffen, die sie besitzt, nicht, weshalb sie auch ein Verzeichnis von den Fabriken angefertigt hat, die im Bedarfsfall sofort Munition herstellen würden. Zu den Waffenverschiebungen dieser Infanterieformation stellt eine Firma auch Automobile, die bereits in das Eigentum des Freikorps übergeführt sein sollen.

Das Geheimtelegramm, das am 4. September von München an Dr. Ruge in Breslau gesandt wurde, enthält auch eine

Anweisung zum Mord an einen Angehörigen

des Freikorps Oberland, unter Bezugnahme auf ein weiteres Mitglied der Organisation, welches wegen Verrat bereits erschossen wurde. In München fand kürzlich eine Führerbesprechung der Obersten statt, in welcher neuerdings über die Befreiung des „Hauptmanns von Kessel“ (richtig: Kiefer) verhandlet wurde. Es wurde hierbei auch mitgeteilt, daß täglich Mannschaften nach Tirol abgehen und in Tiroler Arbeitsgemeinschaften untergebracht werden. Des weiteren wurde ein sogenanntes Liniennetz aufgestellt, in dem sämtliche Arbeitsgemeinschaften, die für einen Rechtsputsch in Frage kommen, eingetragen sind. Auch eine Liste über Kraftwagen und Waffenlager ist angefertigt. An dieser Führerbesprechung nahm

auch der steckbrieflich verfolgte Dr. Ruge

teil. Ein Breslauer Rechnungsrat liefert an die Organisation vor allem die Berichte über den Aufenthalt führender Regierungspersonen. Dr. Ruge hat im Hotel „Deutscher Kaiser“ ge-

wohnt. Von einem Berliner Oberregierungsrat erhielt er die Mitteilung, daß eine Umsturzbewegung nur dann Erfolg verspreche, wenn es gelänge, vorher einen Linksputsch vorzutäuschen, auf den dann unsere militärischen Aktionen folgen können. Die Großindustriellen, die die Mörderzentrale finanziell unterstützen, erklären sich bereit,

für politische Verbrechen jeden gewünschten Betrag

zur Verfügung zu stellen. Einer derselben hat einem Kurier gegenüber geäußert, er bekomme eine Million, wenn er in den Zeitungen etwas „von Berlin" lese. Es wurde seinerzeit über die Beseitigung von Rathenau und Gradnauer gesprochen.

Hierzu schreibt unser Münchener Parteiblatt: Warum hilft man heute nicht mit an der Aufstellung der dunklen Massen, warum versucht man im Gegenteil zu vertuschen? Warum überläßt man die Reinigung aller eitrigen Stellen im Volkskörper allein den Sozialdemokraten?

Ein Kappist verhaftet.

München, 10. Oktober (Vorwärts.)

Der Arzt Georg Schiele, der neuerdings steckbrieflich verfolgte Kappist, wurde, wie wir soeben erfahren, in München verhaftet.

Es ist kein Zufall, daß der Kappist in München und daß er erst jetzt, nach dem Aufhören des Poehner-Systems, dort verhaftet wurde.

Tagung der deutschen Friedensgesellschaft.

B. Wie bereits kurz berichtet, fand am 5. und 6. Oktober in Bochum die Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft statt, welche jetzt 12 000 Mitglieder in 82 Ortsgruppen zählt. Zum ersten Male seit dem fast 30jährigen Bestehen dieser Gesellschaft hatte eine Stadt zu ihrer Begrüßung Flaggenschmuck angelegt. Bei ihrem Eintreffen erschien dies den alten Vorkämpfern der Friedensbewegung so ungewöhnlich, daß sie zunächst glaubten, nicht ihnen, sondern irgend einem Kriegerverein gelte diese Ehrung, ein äußerer Fortschritt, der als Zeichen der Zeit doch seine Bedeutung hat. In Bochum und im ganzen Industriegebiet hat die Friedensgesellschaft im letzten Jahre einen großen Aufschwung genommen, ein Beispiel für andere Gegenden Deutschlands, diesem Vorbild nachzueifern.

Die Tagung, an der die bekannten Pazifisten Prof Quidde, der im vorigen Winter hier in Lübeck sprach, Herr von Gerlach und Graf Keßler, die wir voraussichtlich demnächst hier hören werden, Helene Stöcker sowie Delegierte aus allen Teilen Deutschlands teilnahmen, hatte als Hauptprogrammpunkt die Bekämpfung des Bürgerkrieges durch den Pazifismus gewählt. Die Debatte hierüber wurde durch eine Resolution beendigt, in der ausgeführt wird, daß die Gefahr eines Bürgerkrieges durch das Auseinanderfallen des Bürgertums und der Arbeiterschaft bedingt wird. Ein Zusammenhalten derselben ist nur möglich, wenn die innerpolitischen wirtschaftlichen Probleme, also vor allem die Steuerfragen, nach dem obersten pazifistischen Grundsatz friedlicher Verständigung des Rechtes und der Gerechtigkeit gelöst werden. Deshalb appelliert die Deutsche Friedensgesellschaft, deren Kampf der des Rechtes ist, an alle deutschen Frauen und Männer, ihren ganzen Einfluß in den Parlamenten, Gemeinden und Parteien dahin geltend zu machen, daß ihre Vertreter mit dem größten Nachdruck und in dem vollsten Bewußtsein der furchtbaren Verantwortung, die auf ihren Schultern ruht, alles versuchen, um eine gewaltsame Lösung der Interessengegensätze zu verhindern. Sie fordert von der Reichsregierung, jeder Sabotage durch den Besitz mit ihrer ganzen Energie entgegen zu treten und nichts zu unterlassen, um den steuerkräftigsten Teil unseres Volkes in erster Linie zu belasten.

Während diese Resolution einstimmig angenommen wurde, ließ der Antrag der Berliner Ortsgruppe auf Abschaffung der Reichswehr die innerhalb der Friedensgesellschaft bestehenden Gegensätze in vollster Schärfe erkennen. Der Antrag wurde mit der Ueberflüssigkeit und der Schädlichkeit der Reichswehr begründet. Sie wurde für einen Hort der Reaktion bezeichnet und gleichzeitig auch auf die Gefahr hingewiesen, daß sie als Keimzelle für eine künftige reaktionäre Armee dienen könne.

Ganz entschieden sprach sich H. von Gerlach gegen den Antrag Berlin aus. Die heutige Reichswehr könne vom pazifistischen Standpunkt toleriert werden; das Offizierkorps sei in der Mehrheit noch heute monarchistisch, die Mannschaften auch nicht mehr zuverlässig republikanisch, dank der linksradikalen Hetze gegen jeden Uniformträger; am zuverlässigsten sei noch das Unteroffizierskorps. Auch Oesterreich habe eine Reichswehr. Nicht fort mit der Reichswehr, sondern Umbildung derselben nach österreichischem Muster. Die Abschaffung der Reichswehr sei die Ausstellung eines Freibriefes an die Gewaltpolitiker. Wenn wir die Reichswehr abschaffen, müssen wir noch mehr die Schupo militarisieren.

Eine bescheidene Macht zur Aufrechterhaltung der Ordnung sei notwendig. Als Staatsmann kann man die nationale bewaffnete Macht nicht entbehren, solange nicht eine internationale bewaffnete Macht die Ordnung verbürgt.

Nach längerer lebhafter Debatte wurde der Antrag auf Abschaffung der Reichswehr schließlich doch angenommen. Hierauf erklärten die Herren Quidde und von Gerlach zunächst, daß sie dann nicht mehr in der Leitung der Friedensgesellschaft bleiben könnten. Dieser Gegensatz wurde schließlich dadurch überbrückt, daß Prof. Quidde folgende Erklärung, der von der Versammlung zugestimmt wurde, abgab:

„Herr von Gerlach und ich sind der Auffassung, daß die Durchführung des gestrigen Beschlusses (Aufhebung der Reichswehr) von der Erfüllung gewisser Voraussetzungen abhängig ist. Wir fordern nicht, daß die Versammlung sich diese Auffassung zu eigen macht, aber wohl, daß sie unsere Berechtigung anerkennt, auch an etwaigen Vertrauensstellungen der Gesellschaft unseren Standpunkt weiter zu vertreten und daß sie weiter anerkennt, daß wir damit auf dem Boden des gestrigen Beschlusses bleiben."

Im Anschluß an diese Tagung fand in Essen der 10. deutsche Pazifisten-Kongreß statt, der von folgenden 13 Organisationen einberufen war: Deutsche Friedensgesellschaft, Verband der internationalen Verständigung, Bund Neues Vaterland, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Bund für radikale Politik, Deutsche Liga für Völkerbund, Bund der Kriegsdienstgegner, Welt-Jugend-Liga, Friedensbund der Kriegsteilnehmer, Friedensbund deutscher Katholiken, Bund religiöser Sozialisten, Deutscher pazifistischer Studentenbund, Deutscher Monistenbund. An dieser Tagung nahm auch der Reichstagspräsident Loebe teil.

Schwarz-gelbe Monarchistenpläne.

SP. Wien, 10. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Die „Arbeiter-Zeitung" setzt ihre Enthüllungen über die Pläne der Monarchisten fort. Das Zentrum der Bewegung ist in Graz in der Landesregierung und im Landesgendarmeriekommando, wo der leitende Kommandant Zellburg ein eingefleischter Monarchist ist. Am 3. Oktober fand in der Wohnung dieses Zellburg in Anwesenheit des christlich-sozialen Landeshauptmannstellvertreters Parrer und des ehemaligen Landesgendarmeriekommandanten Peinlich eine Besprechung statt, die dem Zwecke diente, die steirische Heimwehr zu einer schlagfertigen karlistischen Truppe zu organisieren. Es wurde beschlossen, die Heimwehren auf der Grundlage der Pfarrbauernräte aufzubauen, die in Gemeinschaft mit den ungarischen Banden die Republik stürzen und Karl Habsburg wieder einsetzen sollen. Der Einmarsch der Ungarn, der in nahe Aussicht gestellt wurde, soll in einer Stärke von drei Divisionen erfolgen. Peinlich erklärte, daß sein in der ungarischen Armee stehender Sohn in spätestens 14 Tagen mit seiner Truppe in Graz einziehen werde. Als Führer der Karlistischen Heimwehren, denen ein Betrag von 200 000 Kr. monatlich zur Verfügung steht, sind Parrer und Zellburg in Aussicht genommen. Zellburg ist jetzt bestrebt, die republikanischen Gendarmen aus Graz zu entfernen und hat eine Reihe von ihnen versetzen lassen. Im Rheinbacher Kloster waren 700 Gewehre der Grazer Heimwehr versteckt. Peinlich und Zellburg sollten sie den Karlistischen Heimwehren in die Hände spielen. Als Peinlach vor einigen Monaten gestürzt worden war, brachten die republikanischen Gendarmen die Gewehre in Sicherheit nach Graz; Zellburg versuchte unter einem läppischen Vorwand die Waffen herauszulocken, was ihm jedoch nicht gelungen ist.

Die Berliner Wahlen.

Am kommenden Sonntag finden in Berlin die Gemeinderatswahlen statt. Mit allen Mitteln wird von den bürgerlichen Parteien gearbeitet, um die „rote" Mehrheit des Berliner Rathauses zu vernichten und besonders das Unternehmertum, das schon bei der Ankündigung neuer Besitzsteuern aufblöckt, stellt Finanzen gegen die Roten in Berlin zur Verfügung. Der Groß-Berliner Bürgerrat ist das Ausführungsorgan der Arbeitgeberverbände und ist beauftragt, die zur Verfügung gestellten Mittel in Erfolg versprechender Weise zu verwenden. Wie das geschehen wird, geht aus folgendem Programm hervor, das in Groß-Berlin Anwendung finden soll:

„Wir glauben die Beseitigung der sozialistischen Mehrheit dadurch zu erreichen, daß wir

1. mit Hilfe der Hausbesitzerorganisation in jedem Hause Groß-Berlins, das heißt in 65 000 Berliner Häusern einige Tage vor der Wahl ein Plakat anbringen, durch das auf die am 16. Oktober stattfindenden Wahlen hingewiesen und das Wahllokal des betreffenden Hauses bekanntgegeben wird;

2. die Besitzer der „geeigneten" Lichtspieltheater veranlassen, wenige Tage vor der Wahl die Wähler Berlins aufzufordern, am 16. Oktober ihrer Wahlpflicht zu genügen;

3. zu den Flugblättern der sozialistischen Parteien durch 4 bis 5 Flugblätter antimarxistischen Charakters, die in einer Auflage von je 70 000 bis 150 000 Exemplaren herausgegeben werden und für die einzelnen Berufsgruppen, wie für den Mittelstand, Beamte, Arbeiter usw. bestimmt sind, Stellung nehmen.

4. Ferner ist eine Wahlzeitung projektiert, die in den letzten Tagen vor der Wahl als Mittagszeitung in einer Auflage von 100 000 Stück unentgeltlich verteilt werden soll."

Leider ist nicht gesagt, wieviel Millionen zur Durchführung des vorstehenden Programms zur Verfügung gestellt sind. Man wird aber nicht fehlgehen, wenn man den Betrag, der für die Vernichtung der roten Mehrheit von den Kapitalisten zur Verfügung gestellt wurde, auf ¼ Milliarde schätzt. Besser konnten die Arbeitgeber nicht dokumentieren, daß ihr Wimmern über die Zerrüttung der einzelnen Betriebe durch die starke Steuerschraube auf Unwahrheit beruht. Wenn die Millionen allein zu Propagandazwecken in einer einzelnen Stadt mehrfach hinausgeworfen werden, dann kann es mit den Herren Unternehmern noch nicht so traurig stehen.

Der Fall Bucholtz.

Bekanntlich ist vor einigen Monaten der Oberwachtmeister Bucholtz von der Berliner Schutzpolizei, Hundertschaft „Zur besonderen Verwendung" in Charlottenburg auf der Wache durch mehrere Schüsse getötet worden. Der Versuch, einen Selbstmord vorzutäuschen, scheiterte an dem schweren Belastungsmaterial, das für einen Mord sprach. Jetzt hat die Staatsanwaltschaft gegen 2 Wachtmeister dieser Truppe die Anklage erhoben, daß sie ihren Kameraden Bucholtz, gegen den eine Untersuchung wegen Unterschlagung geschwebt haben soll, ermordet hätten, um ihn am Verrat politischer Machenschafter dieser Hundertschaft zu verhindern. — Führer der Hundertschaft war zuletzt Hauptmann Stennes. Auch der Hauptmann von Kessel hat ihr angehört. Das Verfahren wegen Unterschlagung war auf Betreiben der Offiziere gegen den unbequemen Mitwisser eingeleitet worden. Man kann von der Verhandlung, die bereits in kurzer Zeit vor dem Berliner Schwurgericht geführt werden soll, manchen Aufschluß über gewisse dunkle Kapitel der Geschichte der nachrevolutionären Zeit in Berlin erwarten.

Deutsches Dumping.

Das Gift der Weltwirtschaft.

Die Engländer sind zu allen Zeiten klügere Geschäftsleute gewesen als die Franzosen, deren Blick und Urteil in wirtschaftlichen Dingen auch gegenwärtig wieder in hohem Maße durch den politischen Haß getrübt wird. Es ist deshalb kein Zufall, daß die Anregungen zu einer Neuregelung der internationalen Schulden und des Reparationsproblems gerade in England am lebhaftesten erörtert und befürwortet werden. Die völlige Ausschaltung Rußlands aus dem Getriebe der Weltwirtschaft und die durch politische und Valutaverhältnisse hervorgerufene Verurteilung der mitteleuropäischen Völker zur Rolle des Kulis am internationalen Arbeitsmarkt hat den englischen Handel gelähmt und einen hohen Prozentsatz der englischen Arbeiter zur Erwerbslosigkeit verurteilt. Gegenüber ungeheuren Verlusten, die der gesamten englischen Wirtschaft durch diese scharfe Krise entstehen, sind selbst die Beträge, die England aus den deutschen Reparationszahlungen erhalten soll, eine Bagatelle. Man darf sich trotzdem im Hinblick auf die Ausführungen Churchills und Lloyd Georges über die notwendige Stabilisierung der Weltwirtschaft nicht etwa der Hoffnung hingeben, daß nun von dieser Seite alles geschehe, um die Krise zu beheben, daß dabei für alle Nationen wieder normale Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Den führenden englischen Politikern liegt in erster Linie an einer Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im eigenen Lande, eine Gesundung der deutschen Verhältnisse ist ihnen nur insoweit erwünscht, als die bisherigen Zustände die Interessen des englischen Handels und Arbeitsmarktes gefährden. Auch die deutschen Unternehmerkreise werden immer bestrebt sein, Lösungen zu finden, bei denen ausschließlich ihre Interessen gewahrt sind, ohne Rücksicht auf die daraus resultierende Lage der Arbeitnehmer. Mit Recht hat die **Reichsbank** darauf hingewiesen, daß die bisherige **Preispolitik der Verbände und der einzelnen Firmen** angesichts der starken Steigerung der ausländischen Wechselkurse wieder die **Gefahr einer Verschleuderung deutschen Nationalvermögens und des Aufkommens stärkerer Abwehrtendenzen gegenüber der deutschen Konkurrenz im Auslande** unter dem Schlagworte des **Dumping** heraufbeschwört.

Deshalb wird grundsätzlich die Fakturierung der deutschen Ausfuhrlieferungen in fremder Währung und eine Nachprüfung der in Mark festgesetzten Preise empfohlen. Die Arbeitnehmer sollten diesen Dingen ganz besonderes Interesse entgegenbringen; denn das Verschleudern des deutschen Nationalvermögens wird nicht nur gefördert durch das sogenannte Valutadumping, sondern in fast noch stärkerem Maße durch ein unverkennbares soziales Dumping. Dieses besteht darin, daß seitens der Arbeitgeber alles aufgeboten wird, um das bestehende **Mißverhältnis zwischen den Arbeitslöhnen und den Unkosten der Lebenshaltung im Inlande** aufrechtzuerhalten und neue Lohnerhöhungen nur insoweit zu bewilligen, als sie durch die inzwischen eingetretene Entwertung der Mark bereits überholt sind. Dem Kampf der ausländischen Industrie gegen das deutsche Dumping würde in vielen Fällen der Wind aus den Segeln genommen, wenn die **Existenzbedingungen der deutschen Arbeiter** auch nur einigermaßen denen ihrer ausländischen Kollegen angepaßt würden. Die Arbeitgeberpresse hält es für selbstverständlich, daß die Preise der Rohmaterialien und des Getreides sowie die Rente des in der Industrie investierten Kapitals sich den Verhältnissen des Weltmarktes und der Markentwertung anpassen, man denkt aber nicht daran, hieraus die fast selbstverständlichen Konsequenzen für die Arbeitslöhne zu ziehen. Man treibt Raubbau nicht nur mit den Bodenschätzen, sondern vor allem auch mit dem wesentlichsten und unersetzlichen Bestandteil unseres Nationalvermögens — **der deutschen Arbeitskraft.** Eine solche kurzsichtige Wirtschaftspolitik mag wohl für einige Zeit dem Unternehmertum Riesenumsätze und Riesengewinne verschaffen, auf die Dauer muß sie aber zu einer nie wieder gutzumachenden Zerrüttung der deutschen Wirtschaft und zu dauernder Verarmung führen. Eine Gesundung des internationalen Arbeitsmarktes kann nur erreicht werden, wenn dem deutschen Arbeitnehmer **ein erträgliches Existenzminimum** gesichert wird.

Die deutschen Kriegergräber.

Der Reichstagsabgeordnete Genosse Hofmann (Ludwigshafen) hat an die Reichsregierung folgende Anfrage gerichtet:

„Ein deutscher Besucher des Militärfriedhofes in Guise — Cimetière de la Désolution — hat mir gegenüber seiner tiefen Betrübnis Ausdruck gegeben, daß sich die dortigen deutschen Kriegsgräber — über zweitausend — in einem unwürdigen Zustand befinden. Ohne jeglichen Pflanzenschmuck tragen sie im Gegensatz zu den kreuzgeschmückten und benannten französischen Kriegergräbern desselben Friedhofs nur kleine Holzstäbe ohne Namenstafeln.

Auf Anfrage erklärten die französischen Verwaltungsstellen, daß die Deutschen bei ihrem Rückzuge die Totenlisten der Gräber mitnahmen und es so den französischen Behörden unmöglich machten, die Gräber näher zu kennzeichnen.

Ist die Reichsregierung bereit, sich über diese unwürdigen Zustände nähere amtliche Auskunft zu holen und für ihre Behebung zu sorgen?"

Eine deutschnationale Größe.

Der Herausgeber der in Danzig erscheinenden deutschnationalen Zeitung „Die Ostwacht" ist vor einigen Tagen als Ententespitzel entlarvt worden. Er stand schon während des Krieges im Dienste Englands und hatte es jetzt als Redakteur darauf abgesehen, die „Reaktion mit ihren eigenen Waffen zu schlagen". Je dümmer, verlogener und dreister er schrieb, desto lebhafter war denn auch die Zustimmung, die er aus dem deutschnationalen Parteilager erhielt. Die befreundete Presse druckte seine Schmierereien zustimmend nach. Der gute Mann — Luedecke heißt er — räumt jetzt in seinem eigenen Blatte den ganzen Tatbestand ein. Peinlich muß es für manchen Deutschnationalen wirken, wenn er bei dieser Gelegenheit folgendes lesen muß:

„Solch rohes Geplärr, wie ich es in der „Ostwacht" drucken ließ, konnte nur dem wenig wählerischen Geschmack der Alldeutschen wohltun. **Und die „Ostwacht tat ihnen wohl!** Täglich gewann ich neue Mitarbeiter, jede Post brachte mir Lobes- und Anerkennungsschreiben. Als ich das auf die Blödheit der Reaktion zugeschnittene Gedicht zur Verherrlichung der Ermordung Erzbergers vom Stapel ließ, glaubte ich die Saite überspannt zu haben; aber nein, **die Dummheit der Herren Alldeutschen war doch noch größer, als ich annahm,** und ich erhielt — nicht weniger als 32 Glückwünsche und Lobesschreiben aus den Kreisen Danzigs und auch des gesamten Deutschen Reiches."

Lumpen können sich in jede Partei einschleichen. Aber bei der Deutschnationalen Partei scheinen die Lumpen den besten Wirkungskreis zu finden. Sie brauchen nur die „nationale Flagge" herauszustecken, dann finden sie das blinde Vertrauen aller eingeschworenen Monarchisten.

Bonner Justiz.

Gerichtlicher Schutz für „nationale" Denunzianten.

Die Bonner Richter stehen noch auf derselben Höhe altpreußischen Klassengefühls wie zur Zeit der bekannten Bonner Borussenprozesse. Das zeigt eine Entscheidung, die am letzten Donnerstag die Strafkammer des Bonner Landgerichts fällte. Folgender Tatbestand lag zugrunde: Der Direktor des Städtischen Realgymnasiums, Geheimrat Dr. Niezmann, ein Führer der Deutschen Volkspartei, hatte der französischen Besatzungsbehörde ohne jeden Grund mehrere Bonner Studenten als Kommunisten denunziert, darunter auch einen in unserer Parteibewegung hervorragend tätigen Genossen. Um die Bedeutung einer solchen Denunziation zu ermessen, muß man wissen, daß die Besatzungsbehörde schwarze Listen über die Kommunisten führt und sie ausweist, soweit es nur irgend geht. Die Denunzierten hatten denn wirklich die größten Schwierigkeiten, langwierige Verhörungen usw. durchzumachen, und nur durch das aufklärende Eingreifen unserer Parteileitung konnte ihre Ausweisung vermieden werden.

Gegen den „nationalen" Denunzianten hatten die Geschädigten Strafantrag gestellt. Aber sowohl das Schöffengericht wie die Strafkammer in Bonn haben die Beleidigungsklage abgewiesen, indem sie dem nationalen Denunzianten den Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zubilligten.

Nach diesem Urteil darf hinfort jeder Reaktionär im besetzten Gebiet ungestraft seine republikanisch oder sozialistisch gesinnten Mitbürger bei der Besatzungsbehörde denunzieren. Solche „nationale" Denunziationen hält ein preußisches Gericht für ein „berechtigtes Interesse" des Denunzianten. Das ist die Justiz, die immer wieder Entrüstung markiert, wenn wir ihr unser schärfstes Mißtrauen erklären.

Verdienste der Hohenzollern.

Die Hohenzollern hatten sich in ihrer Hauptresidenz Potsdam behaglich eingerichtet. Für den Schmuck und die Beschickung der Tafel existierten allein dort ein halbes Dutzend gärtnerische Spezialbetriebe, so eine Ananas-, eine Melonen-, eine Weinzüchterei, große Orchideenanlagen usw. Nach dem Zusammenbruch wurden diese Unternehmungen vom zwangsverwaltenden preußischen Finanzministerium in öffentlicher Ausschreibung verpachtet. Das geschah gleicherweise mit den Gärtnereien, die einmal Staatseigentum werden, sobald die Auseinandersetzungen zwischen der vormaligen Krone und Preußen beendet sind und mit den Gärtnereien, die voraussichtlich Hohenzollernsches Privateigentum bleiben werden, zurzeit aber unter der Zwangsverwaltung des Finanzministeriums stehen.

Auch aus diesen Kleinigkeiten, wie wir sie eben schilderten, entwickeln sich jetzt Verdienste der Hohenzollern. Die Pächter erhielten die erwähnten Gärtnereien zu verhältnismäßig geringer Pacht, sie mußten aber die Verpflichtung übernehmen, die Instandhaltung ihrer Betriebe aus eigenen Mitteln zu tragen. Was ist dabei herausgekommen? Jetzt will man die Pächter zwingen, die im besonderen während der Kriegsjahre völlig heruntergewirtschafteten und nicht gepflegten Gärtnereien auf Grund der Pachtverträge instand zu setzen. So verlangt man jetzt von einem Pächter, der eine Gärtnerei gepachtet hat, die früher den Hohenzollern gehörte, in Zukunft dem preußischen Staat anheimfallen wird, daß er, der 2000 Mark Jahrespacht zahlt, 217 000 Mk. für Instandsetzungsarbeiten leistet.

Der Staat hat von den Hohenzollern heruntergewirtschaftete Betriebe übernommen, dennoch wagt er es nicht, von ihnen die Wiederherstellungskosten einzufordern. Er besteht auf seinem Schein und versucht die Pächter zu zwingen, das zu zahlen, was er den Hohenzollern abzuverlangen nicht den Mut hat.

Ein Gesetz über Arbeitslosenversicherung.

Das Arbeitslosenproblem ist in der Nachkriegszeit in den Mittelpunkt der sozialpolitischen Erörterungen gerückt und wird vermutlich daraus nicht so rasch verschwinden. Vor dem Kriege ist wohl auch lebhaft darüber gestritten worden, ob verschuldeter Arbeitslosigkeit auf einem anderen Wege als der mder Selbsthilfe oder öffentlichen Hilfe beigesprungen werden müsse. Aber der Stand der Sozialgesetzgebung hinderte, daß aus diesen Erörterungen positive Maßnahmen entstanden. Heute gibt es in Deutschland nur noch eine Meinung, nämlich: daß den Arbeitslosen, die unverschuldet in ihre Notlage gekommen sind, aus öffentlichen Mitteln geholfen werden muß. Die gegenwärtige Form der Arbeitslosenunterstützung ist noch auf die Demobilmachungs-Bestimmungen zurückzuführen.

Die Bestrebungen, die Erwerbslosenunterstützung zum Gegenstand der Sozialversicherung und zum Gegenstand eines besonderen Gesetzes zu machen, sind nun soweit gefördert, daß bereits ein Referentenentwurf des Gesetzes über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung festgelegt werden konnte. Dieser Gesetzentwurf wird nun im Reichsarbeitsministerium veröffentlicht. Es ist ein außerordentlich umfangreiches Werk, das genau 100 Paragraphen umfaßt. Wir wollen das Wichtigste daraus wiedergeben:

Der erste Abschnitt behandelt den Umfang der Versicherung. Danach wird für den Fall der Arbeitslosigkeit versichert, wer auf Grund der Reichsgesetze gegen Krankheit pflichtversichert ist. Versicherungsfrei sind die unständig Beschäftigten, sowie die in Land- und Forstwirtschaft, als Hausgehilfen, im Wandergewerbe usw. Tätigen. Außerdem wird von der Versicherung nicht berührt, wer das 16. Lebensjahr noch nicht beendet hat, wer infolge körperlicher Gebrechen weniger als ein Drittel des berufsüblichen Einkommens bezieht und wer eine öffentliche oder Sozialrente bezieht, die täglich mindestens das Doppelte dessen beträgt, was an Arbeitslosenunterstützung bezahlt würde. Das Versicherungsverhältnis beginnt und endet nach den Vorschriften über die Krankenversicherung. Mit der Anmeldung zur Krankenversicherung gilt auch die Anmeldung zur Arbeitslosenversicherung als erfolgt. Entsprechendes gilt von der Abmeldung.

Im zweiten Abschnitt wird als Gegenstand der Versicherung bezeichnet: Arbeitslosenunterstützung, Versorgung Arbeitsloser für den Krankheitsfall und Kurzarbeitunterstützung. Arbeitslosenunterstützung erhält, wer arbeitsfähig, arbeitswillig, aber unfreiwillig arbeitslos ist. Wer sich ohne berechtigten Grund weigert, Arbeit auch nach auswärts anzunehmen, bekommt für die ersten vier Wochen nach der Weigerung keine Arbeitslosenunterstützung; es sei denn, daß für die Arbeit kein angemessener Lohn gezahlt wird oder nachgewiesene Arbeit dem Arbeitslosen nach seiner Vorbildung, früheren Tätigkeit oder körperlichen Beschaffenheit nicht zugemutet werden kann, daß die Arbeit durch Ausstand oder Aussperrung frei geworden ist oder daß die Versorgung der Familie unmöglich wird. Die gleiche Entziehung erleidet derjenige, der sich ohne berechtigten Grund weigert, sich einer Berufsumschulung oder Fortbildung zu unterziehen, die geeignet ist, die Aufnahme der Arbeit zu erleichtern, ohne daß ihm dadurch besondere Kosten erwachsen. Ebenso bekommt vier Wochen lang keine Unterstützung, wer seine Arbeit ohne Grund freiwillig aufgibt. Durch Streik oder Aussperrung arbeitslos Gewordene haben erst Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung nach Ablauf von vier Wochen seit dem Abschluß des Lohnkampfes. Der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung entsteht erst, wenn der Versicherte in den 24 Monaten vor Eintritt der Arbeitslosigkeit während 26 Wochen Beiträge geleistet hat. Wer in den letzten 24 Monaten bereits während insgesamt 26 Wochen Arbeitslosenunterstützung bezogen hat, hat keinen Anspruch mehr; es müssen erst abermals während 26 Wochen Beiträge geleistet werden. Die Unterstützung besteht aus der Hauptunterstützung und den Familienzuschlägen für Angehörige, die einen familienrechtlichen Unterhaltsanspruch haben. Die Höhe der Unterstützungssätze wird vom Reichsarbeitsminister unter Zustimmung eines besonderen Reichstagsausschusses festgesetzt. Dabei ist zu unterscheiden zwischen Männern und Frauen, zwischen Arbeitslosen unter und über 21 Jahren und zwischen Ortsteuerungsklassen. Die Familienzuschläge dürfen das Zweifache der Hauptunterstützung nicht übersteigen. Die Gesamtunterstützung darf nicht höher sein, als ¾ des Arbeitsgeldes, das der Arbeitslose zuletzt bezogen hat. Die Arbeitslosenunterstützung wird nach Ablauf von 7 Tagen nach der Anmeldung der Arbeitslosigkeit beim zuständigen Arbeitsnachweis gezahlt. Die Arbeitslosenunterstützung ist der Pfändung nicht unterworfen. Gelegenheitsverdienst des Arbeitslosen, der 10 Prozent der Gesamtunterstützung nicht übersteigt, wird nicht angerechnet. Der Mehrbetrag dieses Verdienstes aber wird bis zu 60 Prozent angerechnet. Für die Tage, an denen der Arbeitslose die vorgeschriebene Meldung unterläßt, wird keine Unterstützung gezahlt.

Vollständig neu, aber besonders begrüßenswert ist, daß auch dem teilweisen Arbeitslosen, den sogenannten Kurzarbeitern, Unterstützung gewährt werden soll. Versicherungspflichtige Arbeitnehmer, die in einer Kalenderwoche infolge Arbeitsmangels verkürzt arbeiten müssen und Lohnkürzungen unterworfen sind, erhalten, sofern 50 Prozent des Wochenarbeitsverdienstes einschließlich des Verdienstes aus Gelegenheitsarbeit den Wochenbetrag der Unterstützung bei gänzlicher Arbeitslosigkeit nicht erreichen, Kurzarbeiterunterstützung in Höhe des fehlenden Betrages; jedoch darf Arbeitsverdienst und Unterstützung nicht höher sein als der Betrag des Arbeitsverdienstes bei voller Arbeitszeit.

Ueber die Festsetzung und Auszahlung der Leistungen spricht der 3. Abschnitt. Danach werden die Leistungen auf Arbeitslosenversicherung auf Antrag des Vorsitzenden des Arbeitsnachweises festgestellt. Den Antrag auf Arbeitslosenunterstützung hat der Arbeitslose bei dem Arbeitsnachweis zu stellen, in dessen Bezirk er seinen Wohnsitz hat. Den Antrag auf Kurzarbeiterunterstützung kann nur der Arbeitgeber oder die Betriebsvertretung stellen.

Ueber Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit handelt der vierte Abschnitt. Die Arbeitslosigkeit soll in erster Linie durch Vermittelung vorhandener Arbeit verhütet und beendigt werden. Zu diesem Zweck können dem Arbeitslosen vom Arbeitsnachweis Reisekosten zum Uebersiedeln in einen anderen Ort, wo er erwiesenermaßen Beschäftigung erlangen kann, gewährt werden, wenn dem Arbeitgeber nicht zugemutet werden kann, die Kosten zu übernehmen und Arbeit in näher gelegenen Orten nicht vorhanden ist. Die Reisekosten-Gewährung kann auch auf die Familienmitglieder des Arbeitslosen ausgedehnt werden. Siedelt der Arbeitslose allein nach einem anderen Arbeitsort über, so können die Familienzuschläge für die zurückbleibenden Angehörigen für die Dauer des Arbeitsverhältnisses ganz oder teilweise weiter gewährt werden. Das gilt namentlich für unständige Arbeit. Hat der Empfänger der Arbeitslosenunterstützung eine Arbeit angenommen, in der er wegen mangelnder Fertigkeit den Normalverdienst erst später erreichen kann, so kann ihm bis zur Dauer von 8 Wochen ein Zuschuß zum Arbeitsentgelt gewährt werden. Arbeitsentgelt und Zuschuß dürfen weder die Höhe des vollen Verdienstes noch ¾ der zuletzt gezahlten Arbeitslosenunterstützung übersteigen.

Die Aufbringung der Mittel, von denen der 5. Abschnitt handelt, soll zu ⅔ durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und im übrigen durch Zuschüsse des Reichs, der Länder und Gemeinden erfolgen. Die Beiträge werden vom Reichsarbeitsminister mit Zustimmung eines Reichstagsausschusses halbjährlich festgesetzt. Die Verteilung der Beitragslast auf die einzelnen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hat der Abstufung der Hauptunterstützung und der Gefahr der Arbeitslosigkeit im Beruf zu entsprechen (Abstufungen nach dem Risiko). Die Beiträge werden von Arbeitgebern und Arbeitnehmern je zur Hälfte getragen. Der Arbeitgeber hat die Beiträge für den Arbeitnehmer an die zuständige Krankenkasse einzuzahlen. Von dem Aufwand der Versicherung werden aus öffentlichen Mitteln aufgebracht: 1/6 durch das Reich, 1/9 durch die Länder, 1/18 durch die Gemeinden. In besonderen Fällen können den Ländern und den Gemeinden aus Reichsmitteln besondere Beihilfen für ihre Lasten gewährt werden.

Der letzte und der sechste Abschnitt enthält die allgemeinen Uebergangs- und Strafbestimmungen. Darin ist besonders die Betonung, daß die Leistungen aus diesem Gesetz nicht als öffentliche Armenunterstützung angesehen werden dürfen. — Verstöße gegen die Vorschriften können Strafen bis zum dreifachen Betrage der täglichen Unterstützung nach sich ziehen. Arbeitgeber, die einbehaltene Beiträge der berechtigten Kasse vorsätzlich vorenthalten, werden mit Geldstrafe bis zu 3000 Mk. bedroht. Auch kann auf Gefängnis und auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Volkswirtschaft.

Das Existenzminimum im September 1921.

Von Dr. R. Kuczynski.

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin im September 1921 infolge der Preissteigerung für viele Nahrungsmittel höher als in jedem einzelnen Monat seit Juni 1920. Teurer als im September 1920 waren vor allem Brot, Nährmittel, Kartoffeln, Gemüse, Zucker, Milch. Im Vergleich mit der Vorkriegszeit waren die Preise nach wie vor ungeheuer hoch. Brot kostete 15mal soviel wie vor acht Jahren, Briketts 16mal soviel, Margarine und Milch 17mal soviel, Zucker 19mal soviel, Reis 21mal soviel, Kartoffeln 26mal soviel. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich von September 1921 im ganzen eine Verteuerung auf das Sechzehnfache. In den fünf Wochen vom 29. August bis zum 2. Oktober wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Sept. 1921 Pfg.	Preis Sept. 1913 Pfg.
9500 Gramm Brot	3475	238
800 Gramm Weizenmehl	580	34
1850 Gramm Zucker	1525	87
Zusammen	5680	359

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 56,80 Mk. zahlen muß, konnte man vor acht Jahren für 3,59 Mk. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun im Wochendurchschnitt etwa 6600 Kalorien. Der Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren beträgt etwa 11 200 Kalorien, der einer Frau etwa 16 800 und der eines Mannes etwa 21 000 Kalorien. Um das Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von 6 bis 10 Jahren die rationierten Mengen durch Lebensmittel im Nährwert von 11 200—6600 = 4600 Kalorien ergänzen müssen. Eine Frau müßte sich zu der so errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 5600 Kalorien hinzukaufen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Beschränkt man sich dabei soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6—10 Jahren auf 24 Mk., für eine Frau auf 48 Mk., für einen Mann auf 65 Mk. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im September 1913 für ein Kind 1,40 Mk., für eine Frau 2,95 Mk., für einen Mann 3,85 Mark. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor acht Jahren billiger, weil z. B. billiges frisches Fleisch damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden hier für die Vorkriegszeit angesetzt: Kind 1,75 Mk., Frau 2,80 Mk., Mann 3,50 Mk.)

	Preis Sept. 1921 Pfg.	Preis Sept. 1913 Pfg.
Rationierte Nahrungsmittel	1136	72
250 Gramm Graupen	196	10
3000 Gramm Kartoffeln	384	15
125 Gramm Margarine	342	20
1 Liter Milch	380	23
Zusammen für ein 6—10jähr. Kind	2438	140
500 Gramm Brot	250	13
125 Gramm Haferflocken	109	6
250 Gramm Speisebohnen	184	10
1000 Gramm Kartoffeln	128	5
1250 Gramm Gemüse	275	20
250 Gramm Büchsenfleisch	550	56
125 Gramm Speck	550	25
125 Gramm Margarine	342	20
Zusammen für eine Frau	4826	295
500 Gramm Reis	460	22
250 Gramm Erbsen	195	10
125 Gramm Speck	550	25
250 Gramm Salzheringe	125	13
125 Gramm Margarine	342	20
Zusammen für einen Mann	6498	385

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 10 Mk. (1913/14: 5,50 Mk.), für Heizung 18,35 Mk. (1,15 Mk.), für Beleuchtung 8,10 Mk. (0,75 Mk.)

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 30 Mk. (2,50 Mk.), Frau 20 Mk. (1,65 Mk.), Kind 10 Mk. (0,85 Mk.)

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgeld, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 30 Proz. (1913/14: 25 Proz.) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann Mk.	Ehepaar Mk.	Ehepaar mit 2 Kindern Mk.
Ernährung	65	113	162
Wohnung	10	10	10
Heizung, Beleuchtung	26	26	26
Bekleidung	30	50	70
Sonstiges	40	61	81
September 1921	171	260	349
August 1921	165	251	339
Juli 1921	156	237	324
Juni 1921	152	231	311
Mai 1921	140	209	285
September 1920	145	216	299
August 1913/Juli 1914	16,75	22,30	28,80

(Für die einzelnen Monate seit Januar 1920 vgl. mein Buch: „Wiedergutmachung und deutsche Wirtschaft", Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin W. 15, S. 72.)

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst im September 1921 für einen alleinstehenden Mann 28 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 43 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6—10 Jahren 58 Mk. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 8900 Mk., für das kinderlose Ehepaar 13 500 Mk., für das Ehepaar mit zwei Kindern 18 200 Mk.

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum September 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 Mk. auf 171 Mk., d. h. auf das 10,2fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 Mk. auf 260 Mk., d. h. auf das 11,6fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 Mk. auf 349 Mk., d. h. auf das 12,1fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt annähernd 9 Pfg wert.

Devisen-Kurse.

Berlin, 10. Oktober.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		10. Okt.	8. Okt.
Amsterdam	100 fl.	3998.50	3996.—
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	876.60	876.60
Kristiania	100 Kr.	1478.50	1488.50
Kopenhagen	100 Kr.	2292.70	2292.70
Stockholm	100 Kr.	2829.65	2812.15
Helsingfors	100 finn. Mk.	179.30	178.30
Rom	100 Lire	492.—	487.—
London	1 £	467.—	467.—
New York	1 Doll.	122.37	122.87
Paris	100 Frs.	892.60	891.10
Zürich	100 Frs.	2202.75	2187.80
Madrid	100 Pesetas	1628.35	1620.85
Wien	100 K.	6.73	6.68
Budapest	100 K.	18.48	18.03
Prag	100 K.	135.35	130.45

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 10. Oktober 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage Std.
	S.	Hjalmar	Jürgensen	Augustenburg	3
	S.	Engelbrecht	Gerdes	Skelkär	2
	S.	Erna	Hansen	Kolding	3
	S.	Urda	Jacobsen		3
	S.	Santo	Rantala	Kopenhagen	2
	S.	Fortuna	Suhr	Trelleborg	3
	S.	Castor	Hansen	Fasel	6
D.		Johanna	Matensen	Ystad	1

Angekommen am 11. Oktober 1921.

D.		Poseidon	Lindroos	Helsingfors	3
D.		Peter Wilstermann	Augustin		5
D.		Halland	Holmin	Abo	3½
	S.	Habet	Hansen	Studkoping	2

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Henko

Henkel's Wasch-Bleich-Soda

unentbehrlich für Wäsche und Hausputz

Hersteller: Henkel & Cie. Düsseldorf

7548

Personenstandsaufnahme.

Zur Feststellung der Steuerpflichtigen findet am 20. Oktober d. Js. eine Personenstandsaufnahme statt. Nach § 167 der Reichsabgabenordnung ist hierbei die Mitwirkung der Hausbesitzer und Haushaltungsvorstände in Anspruch zu nehmen. Die Hausbesitzer oder deren Stellvertreter sind verpflichtet, an sämtliche ihr Grundstück bewohnenden Haushaltungsvorstände Wohnungslisten zu verteilen, die von diesen ausgefüllten Listen wieder einzusammeln und spätestens bis zum **31. Oktober d. Js.** in der Stadtgemeinde Lübeck an das Statistische Amt, Braunstraße 2—4, oder die Polizeiwachen bezw. Stationen, und im Landgebiet an die Gemeindevorstände zurückzuliefern.

Die Zustellung der Wohnungslisten erfolgt in diesen Tagen.

Lübeck, den 10. Oktober 1921. (7585

Das Finanzamt.

Brotabgabe

Morgen Mittwoch von 10—1 Uhr und 3—5 Uhr (7583

Königstraße 19. Fernsprecher 8744.

Danksagung.

Den Kollegen, Nietern u. Bohrern des Travewerks, sowie allen Freunden und Bekannten für die vielen Aufmerksamkeiten zu unserer silbernen Hochzeit herzlichen Dank. (7586

Chr. Jab und Frau
geb. Jabodt.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer Hochzeit sagen wir allen unsern herzlichen Dank.

Walter Höppner und Frau.
Stockelsdorf, 8. Okt. (7563

Am Montag morgen 5½ Uhr verschied plötzlich und unerwartet unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater (7577

Heinrich Dücker

im 73. Lebensjahre.

In tiefer Trauer
die Hinterbliebenen.

Lübeck, den 11. 10. 21.
Kohlmarkt 7—11.

Die Trauerfeier findet am Freitag 2½ Uhr in der Kapelle des Vorw. Friedhofes statt.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsst. Lübeck.

Am Freitag, dem 7. Oktober starb unser treues Mitglied (7574

Hermann Kolsit.

8. Bez.

Beerdigung Donnerstag, den 13. Oktober, 3½ Uhr Vorwerker Friedhof.

Am Sonnabend, dem 8. Oktober starb unser treues Mitglied

Eduard Pätzold.

Wir werden denselben ein treues Andenken bewahren.

Beerdigung Donnerstag, den 13. Oktober 4 Uhr Vorwerker Friedhof.

Die Ortsverwaltung.

Alleinstehende Kriegerfrau zum Lodenreinigen u. Nähen bei gel. Meld. nachm. 3—6 U. (7581) Wahnstr. 71, Laden.

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

Fracht- und Passagierbeförderung nach

SÜD-AMERIKA

Brasilien · Argentinien
und anderen Staaten Südamerikas

Mexico · Cuba
Afrika · Ostasien

Reisegepäck-Versicherung
Lloyd-Luftdienst

Nähere Auskunft, Fahrkarten und Drucksachen durch
Norddeutscher Lloyd Bremen
und seine Vertretungen
in Lübeck: (7551
C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Luisenlust Morgen Mittwoch: **Tanz**
7545) Damen Eintritt frei.

Zentralhallen
Mittwoch, den 12. Oktober, abends 7 Uhr: (7553
Gr. Tanzkränzchen.

Morgen früh 8—10 Uhr Wiederabgabe von

Bratenschmalz Mk. 12.—
Speckfett Mk. 15.—

Gefäße mitbringen. (7582

Norddeutsche Fleischwarenfabrik
Dobbertin & Co., Lübeck. Brockesstraße 3.

Schwarz-rot-goldene

Schleifen und Fahnen

aller Art liefert zu Fabrikpreisen

Buchhandlung „Lübecker Volksbote"
Johannisstraße 46.

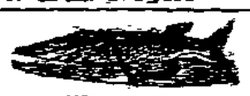
Fette gesunde **Schweine** werden durch Beigabe von

Albit I

in kurzer Zeit erzielt.
Seit 15 Jahren bestens bewährt.

Es erhöht die Freßlust, verhindert Knochenweiche, vertreibt Würmer und regelt die Verdauung. Für **Ferkel** sowie für sämtliche **Haustiere** von größter Wichtigkeit. **Hühner, welche Albit I** zum Weichfutter erhalten, **legen fleißig Eier!**

Bei Knochenweiche aller **Haustiere** hilft **Albit II** sofort. — Zu haben in **Lübeck** bei **C. F. Alm,** Drogerie, Holstenstr., **Schwartau** bei **H. Hildebrand, Schlutup** bei **A. Thielbar,** Drogerie, (7557 **Carl Fründ, Schönberg** bei **H. G. Saß,** Drogerie, **Travemünde u. Niendorf (O.)** bei **G. M. Kröger.**



Mittwoch:
Frische Seefische, Kabeljau, Lengfisch, Schellfisch, Seehecht, Seeaal, Rochen, Makrelen, Große Schollen, Fischkarbonade, Lebende Aale billigst. (7579

Johs. Boy,
Markthallenstand 46/47.
Fernruf 8375.

Obstbäume
7573) empfiehlt
Niemann, Friedhofsallee 59.

Eimerbier
Dienstag von 4 bis 6 Uhr.
7562) **Brauerei Stamer.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Versammlung
der
Bauschlosser
am Mittwoch, 12. d. M., nachm. 5 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
Stellungnahme zu unserer Lohnbewegung.

Das Erscheinen der Kollegen ist dringend notwendig.
7576) **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher
Transportarb.-Verb.
Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung
der
Lastadienarbeiter
am Mittwoch, 12. Oktbr., abends 7½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
1. **Die Wichtigkeit der Arbeiterpresse.** Referent Geschäftsführer **H. Steinberg.**
2. **Wahl des Sektionsleiters.**

7575) **Die Ortsverwaltung.**

Die Qualität
ist
unerreicht,
dem Rotfroschkönig
niemand gleicht

Erdal

putzt die Schuhe, pflegt das Leder

Alleinhersteller Werner & Mertz A.-G. Mainz.

7549

Bekleidungsarbeiter-Verband.

Filiale Lübeck.

Sonnabend, den 22. Oktober 1921:

Herbst-Vergnügen

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr.

Anfang 6½ Uhr.

Damenkarte 2.— Mk. und 60 Pfg. Steuer.
Herrenkarte 3.— Mk. und 90 Pfg. Steuer.

7550) **Das Komitee.**

Wichtig
für
Kranke und Leidende

Eintritt frei! **Vortrag** Eintritt frei!

in den
„Zentralhallen"
Mittwoch, den 12. Oktober, abends 7 Uhr,
über

Wer Hilfe sucht, komme! (7554

Nachweisbar erfolgreich bei
Lungenleiden (Tuberkulose),
Hals-, Kehlkopf-, Asthma-, Nerven-, Nierenleiden,
Magen-, Darm- u. Blasenleiden,
Gicht, Rheumatismus wie bei alle sonstigen krankhaften Erscheinungen.

Ruilos-Hausmittel-Heilverfahren-Volksgesellschaft m. b. H.
Breslau I, Postschließfach 13.
Prospekte gratis.

Lübecker Sinfonie- u. Theater-Orchester

Mittwoch, den 12. Oktober:

3. Volkstümliches Konzert

im Gewerkschaftshaus.

Leitung: Herr Konzertmeister Millies.
Eintritt 3.50 Mk., einschl. Steuer.

Vorverkauf in den Zigarrengeschäften **Basson,** Beckergrube, **Barnekow,** Hüxterdamm, **Borchert,** Breite Straße, **Köhler,** Fackenburger Allee, **Konsumverein** und **Gewerkschaftshaus.** (7544

Kolosseum Ball

Jeden Mittwoch und Sonnabend Kassenöffn. 6½ Uhr.
Heinrich Ohde.
7546)

Der
Neue-Welt-Kalender
für 1922

ist erschienen und zum Preise von 3 Mk. zu haben in der

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
(„Lübecker Volksbote"), Johannisstr.

An- und Verkauf Kleidungsstücke, Fußzeug, Wäsche u. Bettzeug.
Karl Frosch,
7552) Aegidienstraße 63.

Deutscher Musiker-Verband

Der Tarifsatz für Musiker ist erhöht.

Auskunft im Arbeitsnachweis für Musiker Untertrave 104. (7556

Der Arbeiter-Turn- und Sportverein zu Lübeck
beabsichtigt, eine

Boxriege

einzurichten. (7578

Alle Freunde dieses Sportzweiges werden gebeten, sich am **Mittwoch, 12. Oktbr.,** abends 7½ Uhr im Arbeiter-Sportheim, **Hundestraße 41,** einzufinden.

Konzerthaus Lübeck.

Für die Winter-Saison sind meine
Säle und Klubzimmer
noch einige Sonn- u. Wochentage frei.
Heinz Cyriacks.
Tel. 408. (7543

Chorverein Lübeck.

Achtung!
Sänger!

Mittwoch, den 12. Oktober
Männerchor
abends 7¼ Uhr
Damenchor
abends 8¾ Uhr
im Lokale des Herrn F. Lender, Hundestraße 41.

Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig.
7537) **Der Vorstand.**

HANSA-THEATER

7555

Heute Dienstag 7½ Uhr:
Die Kinokönigin.

Mittwoch 7½ Uhr:
Zum ersten Male
die erfolgreichste Operette des letzten Jahres!
Ihre Hoheit - die Tänzerin
Operette in 3 Akten
von Walter W. Goetze.
Allein in Berlin
über 300 Mal aufgeführt.

Stadttheater Lübeck.

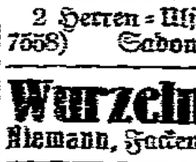
Dienstag, 11. Okt. 7 Uhr.
Die Zauberflöte.
9. Ab.-Vorst. Buchst. A.

Mittwoch, 12. Okt. 7.30 Uhr
Bund der Jugend. (7564
9. Ab.-Vorst. Bchst. A.

Donnerstag, 13. Okt., 6.30
Die Walküre.
9. Ab.-Vorst. Bchst. A.

Freitag, 14. Okt., 7.30 Uhr
Potasch und Perlmutter.
Neuheit! Komödie von M. Glas und G. Klein.

Prima Ferkel billig zu verkaufen.
7567) **H. Stapelfeldt,** Krempelsdorfer Allee 80



Prima Ferkel von 130 Mk. an und Futterschweine zu verkaufen. (7590
Haß, Geverdesstr. 26.

502 qm Land, Vorwerker Str., zu tsch. geg. Hütten-, Mühl- od. Butator. Ang. u. O P a. d. Exp. (7560

Hausschuhe a. alt. Stoff fert. an Fr. Schramm, Stiftenstr. 16

Puppen werden gut und billig reponiert.
K. Möller, Wahnstr. 81.

2 Herren-Ulster zu verk.
7558) Sadowastr. 36 I.

Wurzeln zu verk. (7572
Niemann, Fackenb. Allee 46b.

Z. v. e. schw.-wß. gestr. Kleid, schw. Golf-Jacke, schw. Hut, Federrüsche u. schw.-wß. seid. Bluse.
7589) Meierstraße 43, I.

Eis. Bettst. bill. zu verk.
7565) Steinrader Weg 32, I.

Pelzgarnitur u. Winterhut zu verk. (7571
Stiftenstraße 3.

3 Aquarien mit Fischen u. Pflanzen zu verkaufen.
7571) Fahlendamm 3 Weg 18 Siedlung Gärtnergasse).

Milchziege u. Lamm z. v.
7570) Ziegelstraße 102.

Sofort gesucht
Zeitungsverkäufer.
„Lübecker Volksbote",
Johannisstraße 46.

Beilage zu Nr. 238
28. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Dienstag, den 11. Oktober 1921

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 11. Oktober.

Wegen Lohndifferenzen ist in der ganzen Fischindustrie von Lübeck und Schlutup die Arbeitsniederlegung erfolgt. Kein Arbeiter und keine Arbeiterin darf Beschäftigung in der Fischindustrie in Lübeck und Schlutup annehmen. Arbeiter und Arbeiterinnen übt Solidarität.

Die hiesigen Elektro-Monteure befinden sich seit dem 6. Oktober im Streik. Der Zuzug ist streng fern zu halten.

Aus der Bürgerschaft.

Mit einem Pantherisprung über 10 Senatsanträge gelang es gestern, dem 45 Glieder zählenden Bandwurm der Tagesordnung den Kopf abzuschlagen. Wenn alle Anträge erledigt wurden, dann ist dies natürlich in erster Linie eifriger Kommissionsarbeit zu danken, weiter, daß einige Anträge an Kommissionen verwiesen wurden und schließlich kann man nicht umhin, dem Wortführer G. Ehlers ein Körnchen Salz für den Fluß der Handlung aufs Haupt zu streuen. Im allgemeinen war alles Kleinarbeit, und dementsprechend fiel auch die Debatte aus. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß diese Kleinarbeit nicht auch von Bedeutung sei. Denn gerade in ihr liegt so unendlich viel Tätigkeit der Bürgerschaftsmitglieder, die sich nach außen hin nur nicht so bemerkbar macht. Sie ist ein Wesenspunkt bürgerschaftlicher Arbeit an sich. Einige Streiche aus der Verhandlung: Wie sonderbar höhere Staatsbeamte mitunter ihr Wirken auffassen, zeigte Genosse Wolfradt an den Reiseerfolgen des Regierungsrats Dr. Volger. Der Herr soll in den lübschen Landgemeinden über die neue Landgemeindeordnung Aufklärung verschaffen und das glaubt er am besten tun zu können, indem er herauszutifteln versucht, wem man das Wahlrecht entziehen könnte. Wir dachten, Aufklärung im entgegengesetzten Sinne wäre angebrachter. Ob es zu einer Verschiebung der Gemeinderatswahlen, die mit denjenigen zur Bürgerschaft stattfinden sollen, kommt, ist noch ungewiß. Ein solches Ersuchen wurde von Herrn Peckelhoff gestellt.

Die Forderung auf Ausdehnung der Besuchszeit im Allgemeinen Krankenhaus wurde mehrmals erhoben, sie verdichtete sich jetzt zu einem Ersuchen, das Genosse Reisberger stellte. Die Krankenhausleitung steht einer Erweiterung nicht entgegen, fürchtet aber die dadurch entstehenden Mehrkosten. Nach der Ruhelohnkasse erkundigte sich Genosse A. Puls. Der Entwurf wird nun endlich in der nächsten Bürgerschaftssitzung vorgelegt. Der Demokrat Klein forderte baldige Hilfe für die Beamten, und Genosse Haut trat für Trennung der Beamten und Angestelltenbetriebsräte ein. — Gegen eine weitere Subventionierung der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen wandte sich Genosse Dreger schon aus dem Grunde mit Recht, weil der lübsche Staat keine Ursache hat, deren Geschwisterkind in anderen Städten, die gemeinnützigen unparteiischen Rechtsauskunftsstellen dadurch mitzuunterstützen. Es sind, wie wir von früher her wissen, die bekannten arbeiterfeindlichen Institutionen.

Zu einer lebhaften Debatte kam es bei dem Ersuchen Reisbergers, den Minderbemittelten Kartoffeln zu erschwinglichen Preisen zu verschaffen und die Bekleidungsstelle weiter bestehen zu lassen. Durch die Annahme des Antrages auf Abbau der letzteren mußte sich der lübsche Staat gute Angebote der Reichswirtschaftsstelle aus der Nase gehen lassen. Das mochte im Interesse des Handels gelegen haben, sicherlich aber nicht in demjenigen des arbeitenden Volkes. Ueber die freie Wirtschaft braucht man heute keine Erklärung mehr zu geben. Agarier und Händler haben es fertig gebracht, daß für Kartoffeln am Orte bereits bis zu 72 Mark pro Zentner gefordert wurden. Unverschämter Wucher war bei allen allmählich freigewordenen Artikeln zu verzeichnen. Wenn heute sich Bürgerliche über die hohen Preise beklagen, dann muß ihnen gesagt werden, daß die ganze unverschämte Preistreiberei ihnen zur Last fällt. Es wäre nur zu wünschen, wenn es dem Staate in letzter Stunde noch gelingen würde, einen respektablen Posten Kartoffeln aufkaufen zu können. — Mit der Annahme der Verordnung gegen den Wohnungsmangel wurde nach langen Verhandlungen endlich eine gesetzliche Grundlage geschaffen, die sich hoffentlich im Interesse der Wohnungsuchenden auswirkt.

Pacht-Einigungsamt.

Vom Wohlfahrtsamt wird uns geschrieben:

Schon vor dem Kriege gab es in Lübeck ein Mieteinigungsamt, das zunächst nur eine gütliche Schlichtung in Mietstreitigkeiten zu versuchen hatte. Mit der Einführung des Mieterschutzes im Jahre 1917 erhielt das Einigungsamt dann auch Befugnisse übertragen, welche die Wirkungen des eintretenden Wohnungsmangels nach Möglichkeit abmildern sollten, insbesondere die Mieter vor Obdachlosigkeit und ungehemmter Mietsteigerung schützen sollten. Diese Schutzbestimmungen sind in den nächsten Jahren dann weiter ausgebaut worden, so daß auf dem Gebiete des Mietrechtes die Vertragsfreiheit der Parteien in vielfacher Hinsicht eingeschränkt oder aufgehoben ist. — Im Gegensatz zu dem Mietrecht war bis vor kurzem das Pachtrecht in Lübeck noch frei von solchen Einschränkungen und Eingriffen der Gesetzgebung. Nur für die sogenannten Schrebergärten hatte die auch in Lübeck eingeführte Kleingarten- und Kleinpachtordnung vom 31. 7. 1919 einen ähnlichen Schutz für die Pächter der Gärten eingeführt, wie für die Mieter von Wohnungen. — Vor kurzem ist nun auch die Einführung ähnlicher Bestimmungen für das Gebiet der landwirtschaftlichen Pacht erfolgt, und zwar in der Senatsverordnung vom 18. 8. 1821 über die Errichtung eines Pacht-Einigungsamtes. In dieser Verordnung sind in Anlehnung an die Reichspachtschutzordnung vom 9. 6. 1920 für die ländlichen Pachtverhältnisse sehr einschneidende Bestimmungen getroffen. Es können in Zukunft auch bei Grundstücken, die zu landwirtschaftlicher oder gewerbsmäßiger gärtnerischer Nutzung verpachtet sind, Kündigungen des Pachtvertrages vom Einigungsamt für unwirksam erklärt werden, ferner ohne Kündigung ablaufende Verträge verlängert werden, ferner aber auch laufende Verträge vor Ablauf der vereinbarten Zeit aufgehoben werden, und endlich kann der Pachtzins neu festgesetzt werden und zwar auch bei laufenden Pachtverträgen, wenn nämlich die Pacht unter den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen nicht oder nicht mehr gerechtfertigt ist. Allerdings dürfen die Einigungsämter derartige Anordnungen nur treffen, wenn das Verhalten eines Beteiligten entweder wucherische Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit oder unter Berücksichtigung der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse offenbar eine schwere Unbilligkeit darstellt, oder wenn es zur Folge hätte, daß ohne die Anordnung der andere Teil in eine wirtschaftliche Notlage geräte. Diese Befugnisse sind auch dann gegeben, wenn der Vertrag gleichzeitig ein Arbeitsverhältnis enthält. Ausgenommen sind von der Verlängerung oder Abkürzung der Verträge die Grundstücke des lübeckischen Staates. — Der Grund für diese Bestimmungen liegt einmal darin, daß bei dem Mangel an Pachtland und den dazu gehörigen Wohnungen die Existenz des Pächters durch eine Kündigung oder den Ablauf eines Pachtvertrages zerstört werden kann, andererseits in der Unbilligkeit, die in dem Fortbestehen der alten langfristigen Pachtverträge bei den heutigen völlig veränderten Verhältnissen liegt. Auch gegen unangemessene hohe Pachtzinse soll das Amt den Pächter durch Herabsetzung schützen. Die Entscheidung über die geschilderten Maßnahmen trifft das neu gebildete Pacht-Einigungsamt. Es ist dem Mieteinigungsamt angegliedert. Die Vorsitzenden sind dieselben wie beim Mieteinigungsamt, die Beisitzer sind aus den Reihen der ländlichen Verpächter und Pächter gewählt worden. Bei jeder Entscheidung müssen ein Vorsitzender und je zwei Beisitzer von jeder Seite mitwirken. Das Amt hat seine Arbeiten bereits begonnen und es ist zu hoffen, daß es gewissen, in den ländlichen Kreisen schwerempfundenen Unbilligkeiten der heutigen Lage der Dinge bald ein Ende machen wird. — Verträge auf Verlängerung oder Abkürzung von Pachtverträgen, auf Herauf- oder Herabsetzung des Pachtzinses sind zu richten an das Bureau des Pacht-Einigungsamtes, Lübeck, Untertrave 104, Zimmer 33.

Zweck und Ziel der „sozialen Baubetriebe".

Die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion hatte zur Sonnabend abend die Vorstände der Genossenschaften, Ortsausschüsse usw. zu einer Versammlung nach dem Gewerkschaftshause eingeladen. Leider waren dieser Einladung nur wenige gefolgt. Der Genosse Klement-Hamburg hielt einen Vortrag über „Zweck und Ziel der sozialen Baubetriebe". Redner streifte Eingangs seiner Ausführungen die Sozialisierung im Bergbau und Elektrizität, die noch nicht durchgeführt werden könne, weil die Vorbedingungen nicht erfüllt sind. Im Baugewerbe sei die Sozialisierung ohne weiteres möglich, wenn die organisierte Arbeiterschaft nur erst erfaßt habe, daß sie auch nach dieser Richtung hin einen Machtfaktor bedeutet. Es bestehen in Deutschland schon 200 „Soziale Baubetriebe", die von den Gewerkschaften unterstützt werden und dadurch in der Lage sind, sich durchzusetzen. Auch in Lübeck müssen die Gewerkschaften die Baugenossenschaft unterstützen. Vor allen Dingen müssen die Gelder der Gewerkschaften den Genossenschaftsbanken zugeführt werden. Die Arbeiterschaft muß aufgefordert werden, ihre Spargelder bei den Banken abzuheben und ebenfalls den Genossenschaften zuführen. Wenn die Arbeiter diese Notwendigkeit beherzigen, seien wir schon ein groß Stück weiter und die Gelder werden den Kapitalisten entzogen. Im 13. Bezirk des Bauarbeiterverbandes bestehen 19 Baugenossenschaften mit 4500 Mitgliedern. Das selbst aufgebrachte Kapital beträgt 1 Million Mark. An der Bauhütten-Betriebsorganisation im Reich seien die Gewerkschaften mit 5 Millionen Mark beteiligt. In Hamburg sind sämtliche Gewerkschaften mit namhaften Summen an der Bauhütte beteiligt. Die Genossenschaften haben die Aufgabe, preisregulierend zu wirken und dafür zu sorgen, daß billige Wohnungen hergestellt werden. Verschiedene Städte haben den Wert der Arbeitsbaugenossenschaften schon erkannt und lassen die Arbeiten durch diese ausführen, weil sie bedeutend billiger und besser arbeiten, als die Privatunternehmer. Um nun die Genossenschaften zu erhalten, müssen sich Länder und Städte an diese mit Kapital beteiligen. Die Kapitalbeschaffung ist die schwierigste Frage. Die Banken geben kein Geld her, sondern benutzen es zu Devisseneinkäufen, wobei mehr verdient wird. Die Stadtverordneten sollten überall darauf dringen, daß die Städte sich an den Baugenossenschaften mit Kapital beteiligen. Dann wird es auch möglich sein, billige Wohnhäuser herzustellen. Nürnberg habe 500 000 Mk. bewilligt und verschiedene andere Städte ebenfalls. Der Hamburger Staat habe dadurch schon über 1 Million gespart. Die Unternehmer arbeiten nur für sich, sie haben kein Interesse für die Allgemeinheit. Das könne man am besten erfahren bei Ausschreibungen von Arbeiten, die von Stadtverwaltungen vorgenommen werden. Die Unternehmer unterstützen sich gegenseitig und schanzen sich die Arbeit zu. Auch die Beamten von den Bauämtern unterstützen die Unternehmer. Hier müsse unbedingt eine Aenderung eintreten. Die Baukontrolle müsse in ganz Deutschland durchgeführt werden. Die Geheimniskrämerei müsse aufhören. Außer der Kapitalbeschaffung sei es dringend notwendig, daß eine Zentralstelle geschaffen wird, die für den Ankauf von Materialien sorgt. Dadurch würde schon viel Geld gespart. Ganz besonders verurteilte der Redner das Verhalten der Großhändler, die bei Anfragen über die Preise den Genossenschaften nicht die richtige Auskunft geben. Bei Submissionen trete dieses ganz besonders in Erscheinung. Ferner sei es notwendig, daß Maschinen angeschafft werden. Die Bauämter müssen sich von unsern Fachleuten beraten lassen und nicht von kapitalistischen Unternehmern. Dann würden auch die Wohnungen billiger. Immer wieder betonte der Redner, wie notwendig es

---

Jungfer Binchen und die Junggesellen.

Roman von Alice Berend.

18. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Saphir riet, das wunderbare Blaugeschiller ihres Gefieders zu beobachten. Die künstlerische Linienführung ihres Auf und Nieder.

Emma ging über diese Worte mit nachsichtigem Lächeln zur Tagesordnung über. Um endlich auf das zu kommen, was sie heute zu berichten hatte. Etwas, was sich nicht jedes Jahr ereignet hatte. Eine wirkliche Neuigkeit.

Denn Emma war seit einiger Zeit noch mehr verwickelt in die Weltereignisse als bisher. Sie war Mitglied eines Kaffeekränzchens geworden.

Das jeden Mittwoch im Gasthof „Zum wilden Mann" tagte. Kein weibliches Wesen fehlte an diesem Nachmittag. Nur über Abwesende konnte schlecht gesprochen werden. Sie kamen alle pünktlich. Sie gingen alle gleichzeitig.

Dort hatte Emma erfahren, daß ihre Brüder in wenigen Tagen neue Nachbarschaft erhalten sollten. Das verschlossene Haus würde sich öffnen. Für einen Onkel mit seiner Nichte.

An Onkel und Nichte glaubte Emma niemals. So wenig als an Cousin und Cousine. Nicht aus Prinzip. Sondern aus Lebenserfahrung.

Sie war daher voller Erwartungen.

Es zeigte sich, daß der Garten schon instand gesetzt worden. Was den Brüdern bisher entgangen.

Emma war ärgerlich. Man zählte hergelaufene Schwalben, aber wußte nicht, was sich in der nächsten Nähe begab.

Sie dagegen hatte noch allerhand erfahren. Der Onkel gelähmt. Einen Rollstuhl seinen besten Kameraden nennend. Was auf kein glücklich verbrachtes Leben schließen lasse. Einzige Passion leidenschaftliches Sammeln von Briefmarken. Also wohl auf dem Wege zum wieder Kindischwerden. Das Fräulein Nichte dagegen wirklich noch jung. Nicht nur scheinbar. Sondern tatsächlich. Und auffallend lieblich.

Letzte Nachricht allerdings das Urteil des alten Herrn Gemeinderat, dessen sechzig Jahre in jedem weiblichen Wesen eine Venus wittern. So sage man wenigstens. Emma selbst hatte noch nichts davon gemerkt. Würde es sich auch ernstlich verbeten haben, als Venus angesehen zu werden.

Anton erhob sich. Er murmelte: Osannah.

Das war der Name der großen Glocke im Dom von Emmas Wohnort, der man nachrühmte, daß sie ununterbrochen tönen könne.

Er gebrauchte diesen Namen stets, wenn Emmas Redekraft seiner Ansicht nach ins Uebermenschliche ging.

Emma deutete sich dieses unangebrachte Selbstgeflüster als Altersschwäche.

„Ihr seid viel zu viel allein," sagte sie.

Und meinte, wer weiß wozu es gut sei, daß sie nun neue Nachbarschaft erhielten. Sei es auch nur, um vom Fenster aus Zerstreuung zu haben. Der Mensch müsse von sich selber abgelenkt werden. Sonst würde ihm übel vor der Welt und dem Leben. . . .

XIV.

Leben ist Veränderung. Das Nachbarhaus bewies es. Jeden Tag begab sich Neues dort. Fremde Jungfern wuschen und räumten. Ein Diener verrichtete Gartenarbeit. Strich Fensterläden und Türumrahmungen hellgrün. Wie wenn er ein Angestellter des Frühlings selber wäre.

Jungfer Binchen beobachtete alles aus ihrer Umhüllung heraus.

Er war ein stattlicher Mensch. Blond. Doch nicht zimperlich. Er verstand es, gründlich mit den Jungfern zu fluchen, verzögerten sie sich bei der Arbeit. Der Geruch des Terpentins, der dem grasgrünen Farbentopf entströmte, wirkte wunderbar belebend.

Binchen seufzte. Jetzt hätte sie vielleicht auch bei Tage Gelegenheit gefunden, das fremde Haus zu besichtigen. Sie war voreilig gewesen. Sie hätte warten sollen. Wenn man doch manches voraus wüßte. . . .

Bedauerlich blieb auch, daß sie von ihren Beobachtungen so wenig zum besten geben konnte. Sie ging nicht mehr gern unter die Leute. Metzger und Kaufmann mußten ihre Waren schicken. Binchens Zahnschmerzen halber.

Ihre Herren Sonderlinge aber durfte sie nicht mit der Außenwelt belästigen.

Man muß sich begnügen. Immerhin, es war wieder etwas Spannung da. Man hatte wenigstens hinter der Gardine seine Abwechslung.

Nun krähten und gackerten nebenan schon Hähne und Hennen. Sie waren wohl nicht da, um für die Dienerschaft Eier zu legen.

Auch das war richtig gemutmaßt. Eines Morgens konnte man hinter den Scheiben des vorspringenden Erkers eine silberne Henne bemerken, die gekochte Eier zwischen den Flügeln stecken hatte. Sie diente zur Zierde des Frühstückstisches. Schmale weiße Finger mit blanken Nägeln steckten ihr jetzt ein Veilchen in den silbernen Schnabel. Eine welke gelbliche Hand raubte dafür eins der Eier.

Binchen stellte sich auf die Fußspitzen. Wo Finger und Hand sind, mußte auch mehr sein. Auch das war richtig. Bald erkannte Binchen den Kopf eines alten Mannes. Um weniges später bobachtete sie ein rotblondes Köpfchen sich auf schlankem Halse hin und her wiegen wie eine Nelke am Stengel.

Die gelblichen Hände griffen nach einem glitzernden Schälchen. Binchen erinnerte sich mit Schreck, daß sie gerade dabei gewesen, die Zuckerdose zu füllen für den Frühstückstisch der Herren. Nun war wohl wieder Verspätung da und Aergerlichkeit.

So schnell es ihre Umwicklung zuließ, eilte sie ins Wohnzimmer. Herr Saphir stand am Fenster. Irgend etwas draußen beschäftigte ihn stark. Er bemerkte nicht Binchens Vorübereilen.

Herr Anton hatte sich im Schlafzimmer verspätet. Besorgnis geht durchs Schlüsselloch. Es dünkte Binchen, als stünde er am Fenster, ohne sich entschließen zu können, es zu öffnen.

Ungewöhnliches bringt Ungewohntes mit sich. . .

Erst einige Tage später, auf dem Mittagswege, fragte Saphir ganz nebenbei, ob Anton eigentlich bemerkt, daß das Nebenhaus bewohnt.

Man hatte inzwischen häufig Gelegenheit gehabt, den alten Herrn im Rollstuhl durch den Garten fahren, die junge Dame bei den Beeten beschäftigt zu sehen.

Anton erwiderte, daß er ebenso gut wie jeder andere beobachtet habe, was jeder hatte bemerken müssen.

Er bedauerte die Unvernunft des neuen Nachbarn. Um diese Jahreszeit halte man sich noch nicht stundenlang im Freien auf. Wenn man nicht zufällig als Schwalbe auf die Welt gekommen oder als Frühlingsblume.

Saphirs Ansicht war ähnlich. Nämlich, er fand, daß das fremde Fräulein einer Schwalbe gliche in der Anmut des Schreitens und einer Frühlingsblume im Aeußern. Zudem sei sie sogar, allem Anschein nach, Viola benannt.

Anton forschte nicht, woher Saphir dieses überflüssige Wissen hatte. Man kann nicht immer, wie man will. Der Veilchenname des Fräuleins wurde so häufig von ihren alten Verwandten gerufen, daß es selbst Anton heute gedünkt, als tickten alle Uhren der Werkstätte: „Viola, Viola, Viola."

Jedenfalls war es mitten in der Arbeit, daß Saphir sagte, es wäre wohl zu überlegen, ob das Gebot der Höflichkeit nicht erfordere, drüben einen Besuch abzustatten. Nachbar wäre Nachbar.

Er war auf Antons Widerspruch vorbereitet.

Anton jedoch sagte nach einigem Sekundenpochen, daß er diese Möglichkeit gleichfalls in Erwägung gezogen.

Darauf stellte Saphir fest, daß Sonntag der geeignetste Tag für diesen Zweck. Und daß morgen schon wieder einmal Sonntag wäre. Sie hätten dann vorerst für nichts weiter zu sorgen, als die Zylinderhüte aufbügeln zu lassen.

Anton erwiderte, daß auch die einfachste Sache Ueberlegung erfordere.

Er hielt es nicht für nötig, daß der Besuch zu zweien stattzufinden habe. Doppelte Höflichkeit sei übertrieben. Sei verdoppelte Unannehmlichkeit.

Saphir bedauerte, daß sich Anton gewaltsam von jedem Verkehr absperre.

Anton erwiderte, daß jeder verbraucht werden müsse, wie er sei. In diesem Fall übrigens wisse er, was er zu tun habe. Er hätte sich noch nie einer Pflicht entzogen. Ob sie nun angenehm gewesen oder nicht. Da er der Aeltere wäre, würde er es sein müssen, der diesen Besuch abzustatten hätte.

(Fortsetzung folgt.)

ist, daß die Arbeiter und Angestellten sich den Arbeitsbaugenossenschaften anschließen. Dann wird es auch möglich sein, den Kapitalismus wirksam zu bekämpfen. Unverstand in den eigenen Reihen halte die Bestrebung zurück, darum müsse überall Aufklärung geschaffen werden. An der Aussprache beteiligten sich die Genossen A. Kleinfeldt, Haut, Kaping und Gogowsky im Sinne des Referenten. In seinem Schlußwort forderte der Genosse Klement nochmals auf, alles daran zu setzen, um die Baugenossenschaften so auszubauen, daß sie nutzbringend für die Allgemeinheit werden.

*

Der Nachtrag zum Landarbeitertarif für das Gebiet des Freistaates Lübeck rechtsverbindlich. Der Reichsarbeitsminister hat auf Antrag des Deutschen Landarbeiter-Verbandes den Nachtrag zum Tarifvertrag vom 21. Juni 1921, welcher am 6. August 1921 zwischen dem Deutschen Landarbeiter-Verband und dem Arbeitgeberverein für Landwirtschaft und Gärtnerei in Lübeck vereinbart wurde, für rechtsverbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit der Wirkung vom 16. 8. 1921. Danach hat jeder Arbeiter und Arbeiterin Anspruch auf den Tariflohn. Es liegt nun an der Arbeiterschaft selbst, diese Löhne zu fordern.

Wieder eingefangen ist der aus der Irrenanstalt ausgebrochene Zuchthäusler Weise. Er wurde in einem Gehölz bei Herrnburg gefaßt und nach Lübeck gebracht. — Wie der Polizeibericht meldete, bestätigt sich die Annahme, daß Weise sofort nach seiner Entweichung erneut Einbruchsdiebstähle ausgeführt hat. Kleidungsstücke, 1 Jagdgewehr usw. wurden in seinem Besitz gefunden und konnten ihren Eigentümern zur Verfügung gestellt werden. — Ein Krankenpfleger der Heilanstalt, der in dem dringenden Verdacht steht, Weise zur Flucht verholfen und für die Vermittlung der Flucht einer weiteren Person von den Angehörigen 500 Mk. entgegen genommen zu haben, wurde wegen Gefangenenbefreiung festgenommen.

pb. **Vandalismus.** In verflossener Nacht sind einem in der Mühlenstr. wohnhaften Geschäftsmann 2 Firmenschilder aus schwarzem Glas mit Goldschrift im Werte von 1000 Mk. mutwillig abgerissen worden.

Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Betriebsräte, Betriebsobleute, Baudelegierte! Gruppe II: Baugewerbe und Steinindustrie. Vereinigte Gruppe: III, IV, VI u. X: Bekleidungs- und Textilindustrie, Chemische Industrie, Graphisches Gewerbe, Papier- und Lederindustrie. Morgen abend Versammlung im Gewerkschaftshaus. Ausweis mitbringen.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände und Betriebsräte! Die Sammellisten für die Russenhilfe sind umgehend dem Kassierer des Ortsausschusses mit den gesammelten Beträgen zu übermitteln. Die Sammlung muß bis zum 15. d. Mts. abgeschlossen sein.

Jugendabend. Am Donnerstag, abends 7½ Uhr, findet im Kolosseum der erste Jugendabend statt. Der Lübecker Mandolinenklub wird die Veranstaltung durch einige musikalische Vorträge eröffnen. Darauf hält Herr Jugendpfleger Schermer einen Lichtbildervortrag über „Jugendheime" und wird im Bilde zeigen, was andere deutsche Städte auf diesem Gebiete bereits geleistet haben. Eine Aussprache wird sich anschließen. Die Jugend wird damit Gelegenheit haben, ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Einige Volkslänge werden den Abend beschließen. Alle Kreise, die Interesse an unserer schulentlassenen Jugend haben, werden hiermit auf diese Veranstaltung hingewiesen. Karten sind im Vorverkauf bei Ernst Robert, Breite Straße, zum Preise von 1 Mk. und 2 Mk. zu haben.

Stadttheater. Dienstag zum letzten Male die Zauberflöte. Mittwoch gelangt noch einmal Bund der Jugend zur Aufführung. Am Donnerstag zum ersten Male die Walküre unter der musikalischen Leitung von Karl Mannstaedt, szenische Leitung: Paul von Bongardt.

Hansa-Theater. Am Mittwoch wird zum ersten Male „Ihre Hoheit — die Tänzerin", Opereite in 3 Akten von Walter M. Goetze, gegeben.

w. **Kuren.** Am Sonnabend, dem 8. Oktober, fand eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung der Ortsgruppe Kuren des Sozialdemokratischen Vereins statt. Genosse Ostermeyer-Lübeck sprach über „Die politische Lage und die kommenden Wahlen." Der Vortrag fand reichen Beifall. Es wurde beschlossen, zur Gemeinderatswahl soweit als möglich eigene Listen aufzustellen. Gewählt wurde ein Ausschuß, der die vorbereitenden Arbeiten für die Gemeinderatswahl übernimmt. — Viel unermüdliche Arbeit harret noch der südlichen Genossen. Sie müssen das geistige Band zwischen Stadt und Land immer fester knüpfen. Hier ist auch besonders für unsere Jungsozialisten ein dankbares Feld; die durch die Veranstaltung von Unterhaltungsabenden den sozialistischen Geist hegen und pflegen können. Denn arm an geistiger Kost ist das Leben unserer Genossen auf dem Lande.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Streik der Klempner. Der am 3. Oktober gefällte Schiedsspruch wurde abgelehnt. In der darauf vorgenommenen Abstimmung für Eintritt in den Streik stimmten 750 für und 106 gegen den Streik. Heute, Dienstag, ist in allen Betrieben die Arbeit niedergelegt worden.

Bramstedt. Kartoffelverschiebungen? Aus der Bramstedter Gegend berichten bürgerliche Blätter: Eine ungeheure Menge von Kartoffeln geht in diesem Herbste aus unserer Gegend nach auswärts. Die Ausfuhr übersteigt alles bisher Dagewesene. Die Bahnverwaltung ist nicht imstande, soviel Wagen zu stellen, als angefordert werden. Die Aufkäufer überbieten sich gegenseitig in den Preisen. Es wird behauptet, daß die meisten Kartoffeln über die Grenze gehen. Deshalb hat die Stadtverwaltung beschlossen, ein größeres Quantum aufzukaufen und einzulagern.

Kiel. Die Aussichten für die Kartoffelernte in Schleswig-Holstein haben sich nach den Berichten der Landwirtschaftskammer seit Ende Juli soweit gebessert, daß mit Ausnahme von ganz leichten Sandböden und abgesehen von frühen Sorten, für Schleswig-Holstein mit einer guten Ernte gerechnet werden.

Harburg. Buchdruckerstreik. Am Montag ist die Buchdruckergehilfenschaft Harburgs wegen Lohnforderungen in den Streik getreten. Mit Ausnahme des „Volksblattes", welches die Forderungen bewilligte, ist in allen anderen Betrieben die Arbeit eingestellt worden.

Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 10. Oktober.

Beginn 6.30 Uhr. Wortführer G. Ehlers.

Dem Eingabenausschuß überwiesen wird ein Schreiben von Anwohnern der Ritterstraße, die um Einrichtung einer Wasserversorgung bitten.

1. Antrag: Beihilfe für die Opfer des Explosionsunglücks **in Oppau und Umgegend.** — Wird angenommen.

2. Antrag: **Beitrag für das Oberschlesier-Hilfswerk.** — Wird angenommen.

3. Antrag: **Erlaß eines Nachtrages zum Bürgerschaftswahlgesetz vom 23. Mai 1920.** — Henk (DN.) stellt das Ersuchen, die Wahlzeit zur Bürgerschaftswahl im Landgebiet statt von 10—4 Uhr auf 12—4 Uhr festzusetzen. — Wolfradt (Soz.) kritisiert das Vorgehen des Regierungsrats Dr. Volger, der jetzt in den Landgemeinden herumreise, und die Gemeindevorsteher über die Wahlen aufklärt. Dabei behaupte der Herr, daß wahlberechtigt nur derjenige sei, der zu den Gemeindelasten beigetragen habe, so daß Ortsarme resp. deren Söhne und Töchter nicht wählen dürften. Derartige Gedanken habe die Kommission nicht vertreten. — Peckelhoff (DN.) macht auf die Unzuträglichkeiten aufmerksam, die sich in den Gemeinden bei gleichzeitiger Wahl zur Bürgerschaft und zum Gemeinderat ergeben. Der Redner stellt deshalb den Antrag, die Gemeinderatswahlen auf den 20. November zu verschieben. — Senator Kulenkamp bezweifelt, jetzt noch eine Terminänderung durchführen zu können. — Der Abänderungsantrag Henk wird angenommen, ebenso das Ersuchen Peckelhoffs. Die Senatsvorlage wird angenommen.

4. Antrag: **Gewährung einer Beihilfe an die Wegegemeinde Sierksrade.** — Wird angenommen.

5. Antrag: **Erhöhung der Kostgeldsätze der Heilanstalten.** — Reisberger (Soz.) erwartet, daß durch die Erhöhung des Tarifs auch die Kost etwas besser wird und stellt den Antrag, für die 3. Klasse die Besuchszeit ab 1. November auf 2 Tage in der Woche auszudehnen. Weiter stellt der Redner das Ersuchen, durch das Landesversorgungsamt Kartoffeln einzukaufen, damit für die Minderbemittelten diese zum Selbstkostenpreis abgegeben werden können. Durch den heutigen wilden Aufkauf der Händler hauptsächlich aus dem rheinischen Industriegebiet würden die Preise in die Höhe getrieben, so daß es den meisten unmöglich sei, sich mit Kartoffeln einzudecken. Keller zum Aufbewahren seien vorhanden. Der Senat müsse auch für das Fortbestehen der Bekleidungsstelle sorgen. Die minderbemittelte Bevölkerung sei von den wichtigsten Wäscheartikeln entblößt und bedürfe preiswerter Waren. — Auf Ersuchen des Wortführers wird diese Frage bei Anwesenheit des zuständigen Senatskommissars behandelt. — Albers (Dem.): Für das Krankenhaus muß der Staat Zuschuß leisten. Das geht auf die Dauer nicht. Die Spannung des Tarifs zwischen hiesigen und auswärtigen Krankenhausinsassen ist im Verhältnis gegen früher zu gering. Redner beantragt daher eine Erhöhung der Kostgeldsätze für Auswärtige sowohl für das Krankenhaus wie für die Heilanstalt Strecknitz. — Pape (fraktionslos) hat gegen eine Prüfung der Anträge Reisbergers nichts einzuwenden, wehrt sich aber gegen eine Wiedereinführung der Kartoffelstelle. Das Reich müßte gegen die Ausfuhr der Kartoffeln über die Grenze schärfere Maßregeln ergreifen. Der Senat müsse auch gegen den Kartoffelwucher vorgehen. Heute sollen schon bis zu 72 Mk. pro Zentner gefordert werden. — Senator Friedrich ersucht, die Senatsvorlage über die Kostgeldtarife anzunehmen. Sie zeigten ein sozialeres Bild, insbesondere auch gegenüber kranken Kindern. Gegenüber den Anträgen des Herrn Albers sei zu betonen, daß eine starke Abwanderung in die niedrigeren Klassen stattgefunden habe. Bei den heutigen Tarifen für die Auswärtigen komme das Krankenhaus auf seine Kosten. Das Krankenhaus soll keine Anstalt zum Verdienst werden. In der Heilanstalt Strecknitz, wo Dauerkranke untergebracht sind, sei die Höchstgrenze des Tarifs so gut wie erreicht. — Prof. Dr. Roth (DN.) erkennt die Berechtigung einer Erweiterung der Besuchszeit an, aber die Besuchstage brächten der Verwaltung die größten Unkosten für Ueberwachung und Reinigung. Bei den vorgeschlagenen Kostgeldsätzen sollte man es heute belassen. Für Auswärtige und für die Kranken 1. und 2. Klasse dürfe man den Bogen nicht überspannen. — Albers (Dem.) erinnert an die großen Zuschüsse, die der Staat für das Krankenhaus zahlen müsse. Die Auswärtigen würden uns unter Umständen viel Kosten verursachen, da bei einem weiteren Zuwachs Neubauten notwendig würden. Wenn doch in absehbarer Zeit wieder eine Kostgelderhöhung stattfinden müsse, sollte man auch heute schon das nehmen, was möglich ist. — Ambrosius (Dem.) hält den Antrag Reisbergers für zu eng begrenzt. Weite Kreise seien nicht in der Lage, sich mit Kartoffeln einzudecken. Aber wenn neben den Händlern nun auch der Staat als Käufer auftrete, werde der Markt noch mehr angezogen. Der Staat soll den Bedürftigsten Zuschüsse gewähren. — Schermer (Soz.) fordert, die Altersgrenze bei kranken Kindern auf 15 Jahre festzusetzen. Bis zu dieser Zeit hätten die Eltern noch die Last zu tragen. Bei der vorgesehenen Altersgrenze würden die Eltern noch zu schwer betroffen, während vom 15. Jahre ab die Kinder Minderbemittelter bereits in der Krankenkasse Mitglied seien. — Timmerman (Soz.) warnt vor dem Antrag Albers. Wir müßten es vermeiden, Auswärtige vom Krankenhaus fernzuhalten. Diese würden durch unsere tüchtigen Spezialärzte angezogen. — Die Anträge Albers werden abgelehnt, derjenige Reisbergers auf Ausdehnung der Besuchszeit im Krankenhaus wird angenommen. Ebenso der ganze Senatsantrag.

6. Antrag: **Beschaffung von physikalischen Apparaten für das Allgemeine Krankenhaus.** — Ambrosius (Dem.) bemängelt die Anschaffung einer Kamera von einer auswärtigen Firma. Der Staat sollte vor allem Handel und Gewerbe im eigenen Lande unterstützen. Redner stellt einen Antrag, den Apparat hier zu kaufen. — Prof. Dr. Roth (DN.): Hiesige Firmen werden nach Möglichkeit berücksichtigt; wenn keine besonderen Gründe vorliegen, soll es auch bei dem Apparat geschehen. — Der Senatsantrag wird angenommen, der Antrag Ambrosius abgelehnt.

7. Antrag: **Erhöhung der Sielabgaben und Aufhebung der Sielbaukasse.** — Henk (DN.) wünscht Verbesserung des Siels Kurau und beim Landgraben in Fackenburg. In beiden Fällen könnte viel brauchbares Land gewonnen werden. Die Arbeit könnte von Erwerbslosen ausgeführt werden. Redner stellt einen dementsprechenden Antrag. — Mohr (Dem.) wünscht Errichtung einer Warmbadeanstalt in St. Lorenz unter Benutzung des Warmwassers vom Kühlhaus. — Senator Dr. Stooss: Vom Bauamt ist ein Projekt für Errichtung einer Warmbadeanstalt ausgearbeitet und der Finanzbehörde zugestellt worden. — Der Senatsantrag und das Ersuchen Henks werden angenommen.

8. Antrag: **Errichtung einer Biologieklasse im Katharineum.** — Timmermann (Soz.) beantragt Kommissionsberatung. Die Notwendigkeit müsse erst geprüft werden, auch die Raumfrage bedürfe der Klärung. — Schermer (Soz.) fragt, ob es wahr sei, daß die Klassen der Gewerbeschule aus ihrem eigentlichen Schulhause entfernt und nach der Burgschule verlegt werden sollen. Man wolle wieder die Räume für die Realschule zum Dom benutzen. — Vom Senatstisch wird erklärt, die Angleegenheit werde gegenwärtig geprüft. — Der Antrag Timmermann wird angenommen.

9. Antrag: **Beschaffung von Büchergestellen für die Stadtbibliothek.** — Wird angenommen.

10. Antrag: **Umpflasterung von Straßen.** — Casbohm (Soz.) empfiehlt, den Handwagenbesitzern die Benutzung der Reitwege zu gestatten. — Niemann (Dem.) fordert Verbesserung von Straßen in Schlutup. — Kähler (Dem.) wünscht besseres Pflaster in der oberen Engels- und Fischergrube. — Pape (fraktionslos) wünscht, die Fußsteige auf ihre Reparaturbedürftigkeit zu prüfen. — Meyer (Soz.) ersucht um Verbesserung des Mühlenweges in Moisling. — Der Senatsantrag wird angenommen.

11. Antrag: **Aufhebung von Sielordnungen und Neufestsetzung der Gebühren für die Prüfung, Genehmigung und Abnahme von Privatsielanlagen.** — Wird angenommen.

12. Antrag: **Unterhaltung und Reinigung der Straßen in Siedlungen.** — Heise (Dem.) beantragt Kommissionsberatung. Der Siedler sei schon so hoch genug belastet, man brauche ihn nicht zu der Reinigung der Wege und Wassergräben heranzuziehen. — Baudirektor Baltzer: Die Siedler hatten seinerzeit nichts hiergegen eingewendet. — Der Antrag Heise wird angenommen.

13. Antrag: **Bauliche Veränderungen im Gerichtshause.** — Wird angenommen.

14. Antrag: **Nachbewilligung für die Behörde für Travemünde.** — Wird angenommen.

15. Antrag: **Erlaß eines fünften Nachtrages zum lübeckischen Gewerbegerichtsgesetz.** — Wird auf Antrag Dreger (Soz.) einem Ausschuß überwiesen.

15a. Antrag: **Erhaltung des Giebels des Hauses Hüxstraße Nr. 118.** — Dreger (Soz.) fordert Absetzung dieses Antrages von der Tagesordnung. — Klein (Dem.) erklärt ebenfalls, ohne Fraktionsberatung dem Antrag nicht zustimmen zu können. — Der Antrag wird abgesetzt.

16. Antrag: **Ankauf einer Landfläche für den Bau von Pflegerwohnungen.** — Wird angenommen.

17. Antrag: **Verkauf eines Bauplatzes an der Moislinger Allee.** — Reppenhagen (Soz.) beantragt Ausschußberatung. Durch eine Bebauung de Platzes würde den Anwohnern der Margaretenstraße Licht und Luft genommen. Auch der Kaufpreis sei zu gering. — Ausschußberatung wird beschlossen.

18. Antrag: **Haushaltsplan der Forstverwaltung für das Wirtschaftsjahr 1922.** — Heise (Dem.) bringt den Wunsch des hiesigen Holzgewerbes vor, seinen Bedarf in unseren Forsten decken zu dürfen. Die Frachten für auswärtiges Holz seien zu groß. — G. Reimpell (DN.) beantragt Telephonanschluß für die Forsthäuser Wesloe und Altlauerhof. — Riechert (Soz.) kritisiert das unverantwortliche Fällen von Bäumen in Travemünde zur Anlegung eines Spielplatzes. — G. Reimpell (DN.) erklärt, die Forstverwaltung werde diesem unbefugten Eingriff mit aller Schärfe nachgehen. — Die Senatsvorlage wird mit der beantragten Abänderung angenommen.

19. Antrag: **Nachbewilligung für die Forstverwaltung.** — Wird angenommen.

20. Antrag: **Erhöhung der Löhne der Gemeinde- und Staatsarbeiter.** — Wird angenommen.

21. Antrag: **Erhöhung der Löhne für das Personal der Lübecker Straßenbahn.** — Pape (frktl.) hält die Einführung der erhöhten Taxe nach 9 Uhr abends nicht für im Interesse der Straßenbahn liegend. Man sollte sie erst von 10 Uhr ab gelten lassen. — Der Senatsantrag wird angenommen.

Ohne Debatte werden folgende 10 Anträge angenommen:

22. Antrag: **Nachbewilligung für die Baubehörde.**
23. Antrag: **Nachbewilligung für die Gerichtsbehörden.**
24. Antrag: **Nachbewilligung für den Landarmenverband.**
25. Antrag: **Nachbewilligung für den Ortsarmenverband Lübeck.**

Das Band.

Mein Bekannter — soll ich mich zu der Bekanntschaft bekennen? — mein Bekannter ist ein hungrigre Bohemien und überhaupt ein unmöglicher Mensch, der — —

Also zum Beispiel, statt der allein seligmachenden Art von Unterhosen trägt er, so groß ist seine Verwerflichkeit, jene exkommunizierten Unterhosen mit Leinenbändern. Aber die Bänder knüpfen sich immer wieder auf und hängen unter der Hose heraus.

Ich begegnete meinem Bekannten auf einer belebten Straße. „Wie geht es Ihnen?" sagte ich. „Verzeihung, Ihnen hängt das Unterhosenband heraus!"

„Vierhundertsechsunddreißig," sagte er. „Danke, danke. Es geht mir schlecht!"

Es hing ihm ein langes, schmutzigweißes Band über den Schuh. Ich riet: „Wollen Sie nicht in ein Hausior treten und sich das richten?"

„Noch nicht," sagte er. „Pardon," sagte ein Herr im Pelz und lüftete den Zylinder, „pardon. Darf ich Sie auf einen kleinen Toilettefehler aufmerksam machen? Ein Bändchen — —"

„Vierhundertsiebenunddreißig!" sagt mein Bekannter. „Danke, o Wohltäter!"

„So, Herr, Sie wer'n Ihnen Ihr Hosenbandel abreiten!" meinte eine Frau aus dem Volk.

„Vierhundertachtunddreißig, heißen Dank!" sagte mein Bekannter. „Je, schlecht," sagte er zu mir. „Ganz einfach nichts zu essen. Heute ist übrigens ein guter Tag, ich bin satgegessen, gesund, vergnügt, und alle Leute benehmen sich so nett gegen mich — —"

„Wie soll ich Ihnen danken? Vierhundertneunundzwanzig," wandte er sich an einen Lehrjungen, der ihn auf eine humoristische Art auf sein Hosenband aufmerksam gemacht hatte. Dann wieder zu mir:

„Man sollte es gar nicht glauben, wie aufmerksam sich die Menschen gegen den geringsten der Brüder benehmen, wie gern sie bereit sind, sich um ihn zu kümmern, ihm beizustehen — —"

„Vierhundertneununddreißig. Gott lohn es Ihnen!" (Dies zu einem Studenten, der ihn stumm auf die Schulter geklopft und ihm dann das Hosenband mit der Hand gewiesen hatte.)

„Wirklich," sagte mein Bekannter, „das innige Band, das Menschen und Menschen verbindet, ist — —"

„Ihr Unterhosenband!" sagte ein Invalide militärisch streng. Mein Bekannter salutierte: „Danke gehorsamst! Vierhundertvierzig."

„Warum zählen Sie bis vierhundertvierzig?" fragte ich. „Und warum knüpfen Sie dieses schreckliche Unterhosenband nicht zu?"

Mein Bekannter grinste hämisch. „Weil ich doch feststellen will, wie viele Leute mich in einer Stunde darauf aufmerksam machen. Bisher waren es vierhundertvierzig edle Wohltäter. Ich sage Ihnen, das Band, das Menschen und Menschen verbindet, ist — unlösbar! Alle, alle wollen mir helfen. Wie viel wahre Courtoisie entdeckte ich nicht an den Intellektuellen, wie gutmütig ist doch die Bourgeoisie, wie treuherzig das schlichte Volk! Man sollte meinen, daß in so einer Millionenstadt der einzelne — — —. Nein, es ist nicht wahr. Wenn ihm vier Zentimeter Unterhosenband hervorstrecken, kommen gleich vierhundertvierzig liebe, gute Mitmenschen — —"

Das Gesicht meines Bekannten verzerrte sich auf einmal, er schüttelte die Fäuste, schrie mich an:

„Aber vorige Woche habe ich gehungert! Einfach nichts zu fressen gehabt, tagelang. Ich schwöre Ihnen, man hat es mir angesehen, deutlicher als man jetzt mein Unterhosenband sieht. Wieviele Leute, glauben Sie, haben mich damals auf der Gasse angesprochen? Vierhundertvierzig, glauben Sie?

Nicht einer, Herr! Ich hätte seelenruhig krepieren können, ohne daß sich jemand in die Amtshandlung eingemischt hätte. Heute aber ist ein guter Tag, die halbe Stadt springt mir hilfreich bei. Danke, gnädige Frau, vierhundertelfundvierzig. Danke, Fräulein, vierhundertzweiundvierzig! Heute ist die ganze Stadt sorgend um mich bemüht. Wenn ich nächstens wieder am Krepieren bin, knüpfe ich gleich meine Hosenbänder auf, da sehe ich wenigstens besorgte Blicke, freundliche Gesichter. Ja, das Band, das Mensch und Mensch verbindet — —"

Arnold Höllriegel (Wien.)

26. Antrag: **Nachbewilligung für die Behörde für das Feuerlöschwesen.**

27. Antrag: **Nachbewilligung für das Polizeiamt.**

28. Antrag: **Nachbewilligung für das Arbeits- und Wohlfahrtsamt.**

29. Antrag: **Nachbewilligung für das Stadttheater mit Saalbau.**

30. Antrag: **Nachbewilligung für die Betriebsbehörde, Abt. Schlachthof.**

31. Antrag: **Nachbewilligung für die Markthalle.**

32. Antrag: **Erhöhung der Teuerungszuschläge für die Beamten u. w. d. a.** — Haut (Soz.) stellt und begründet einen Antrag, den Angestellten im lübschen Staat eine besondere Betriebsrätevertretung zu verschaffen. Gemeinsame Vertretungen seien angebracht, wo unter vielen Beamten nur wenige Angestellte vorhanden seien. Wo aber die Zahl der Angestellten größer sei, wäre eine besondere Vertretung von Beamten und Angestellten besser. — Klein (Dem.) hält die von der Reichsregierung gewährten Teuerungszulagen durch die neue Teuerung für weit überholt. Der Wert des Einkommens ist um 50 Prozent gesunken. Der Senat sollte durch seinen Vertreter in Berlin darauf hinwirken, daß die Hilfeleistung bald eintritt, wenn die Beamten nicht gegenüber den anderen arbeitenden Schichten ins Hintertreffen geraten sollen. Der Senats- und der Antrag Haut werden angenommen.

33. Antrag: **Einführung der Grundsteuer in den Landgemeinden.** — Henk (DN.) beantragt Ueberweisung an den Ausschuß, der die Steuerverhältnisse im Landgebiete prüfen soll. — Dem wird entsprochen.

A. Puls (Soz.) fragt, ob es nicht möglich sei, die Vorlage über die Ruhelohnkasse der Bürgerschaft zugehen zu lassen. Dies Versprechen müsse endlich eingelöst werden. — Senator Dr. Vermehren: Die Vorlage ist im Druck und wird der Bürgerschaft in den nächsten Tagen zugehen.

34. Antrag: **Neuorganisation der landwirtschaftlichen Winterschule.** — Wird mit einer Abänderung Schulmerichs angenommen.

35. Antrag: **Bereitstellung weiterer Mittel für die Grundwasserversorgung Lübecks.** — Wird angenommen.

36. Antrag: **Bauliche Veränderungen in der Nutzviehhalle.** Wird angenommen.

37. Antrag: **Gewährung einer Beihilfe an die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen.** — Dreger (Soz.) ersucht um Ablehnung der Vorlage und weist darauf hin, daß trotz der Zusammenlegung der Rechtsauskunftsstelle mit dem Arbeitersekretariat besondere Auskünfte erteilt würden. Es sei völlig unangebracht, daß der lübsche Staat Geld für die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen hergebe, die wieder mit den Rechtsauskunftsstellen in anderen Orten in Verbindung stehe. Diese brauchen wir nicht zu unterstützen. — Senator Bromme behauptet, die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen habe mit den Rechtsauskunftsstellen nichts zu tun. Mit der wachsenden Not hätten sich auch die Schwindelfirmen vermehrt, denen so mancher zum Opfer falle, insbesondere auch den Darlehnsschwindlern. — Mohr (Dem.) beantragt Ausschußberatung. — Dreger (Soz.) verschließt sich nicht der Verdienste, die sich die Zentralstelle erworben, wehrt sich aber entschieden gegen die indirekte Unterstützung anderer Rechtsauskunftsstellen des bekannten Verbandes mit lübschem Geld. — Der Antrag wird einem Ausschuß überwiesen.

38. Antrag: **Unterstützung notleidender Stiftungen.** — Senator Bromme erwidert auf die Erklärung des Wortführers über die Anträge Reisbergers und Ambrosius zur Verbilligung der Kartoffeln, daß das Wohlfahrtsamt damit beauftragt werden solle. Das Verfahren stelle sich billiger als durch das Landesversorgungsamt. Das Defizit der alten Kartoffelstelle belaufe sich nicht über 500 000 Mark. Der nächsten Bürgerschaftssitzung werde ein Antrag über die Kartoffellieferung zugehen. Ein großer Apparat hierfür dürfe nicht angeschafft werden. Man werde dahin trachten müssen, daß die Bezieher die Kartoffeln gleich beim Bahnwagen abholen. Nur haltbare Sorten würden angeschafft. — Reisberger fordert schnelle Arbeit und Beibehaltung der Bekleidungsstelle im Interesse der Notleidenden. — Albers (Dem.) wendet sich gegen diese letztere Absicht. — Senator Bromme betont, die Gelegenheit zur Beschaffung billiger Textilien sei bereits verpaßt. Ebenso sei es bei Schuhen gewesen, die vom Reichswirtschaftsministerium angeboten wurden. Jetzt habe dasselbe Ministerium wieder Textilien angeboten und betont, die Gemeinden sollten die Versorgung der Minderbemittelten mit diesen Artikeln im Auge behalten. Insbesondere solle Bett- und Leibwäsche beschafft werden. — Haut (Soz.) hält die Erklärung vom Senatstische, daß sich die Bürgerschaft in der nächsten Sitzung mit der Kartoffelbeschaffung befassen solle, nicht für genügend. Der Antrag Ambrosius sei zu dehnbar. Die Höhe der Mittel sei gar nicht zu übersetzen. Man hätte sich mit der oldenburgischen Regierung in Verbindung setzen sollen, die kürzlich 4000 Zentner Kartoffeln angeboten hätte. Es müsse ein Posten eingelagert werden für die Zeit, wo eine Einfuhr nicht erfolgen könne. An die Bevölkerung müsse direkt geliefert werden. Damit nicht die Händler wieder einen großen Prozentsatz schlucken. Die Vertretung durch das Arbeits- und Wohlfahrtsamt enthalte einen Beigeschmack. Der Redner beschäftigt sich sodann mit den Verhältnissen auf dem Textilienmarkte, wo die Preise ebenfalls sprunghaft steigen und die Fabrikanten ungeheure Profite einheimsen. Auch in dieser Beziehung habe sein Fraktionskollege Reisberger gute Fingerzeige gegeben. Das Landesversorgungsamt habe Gelegenheit gehabt, Schuhe und Stiefel billig einzukaufen. Es wäre nicht zu verantworten gewesen, wenn man diese Gelegenheit hätte unbenutzt vorüberziehen lassen. Bei jedem Hundertpaar habe man 115 Paar zu so billigem Preise extra erhalten, daß diese zu 35—40 Mark abgegeben werden konnten. Hervorragende Angebote seitens der Reichsstellen habe man ablehnen müssen, weil Bürgerschaft und Senat für den Abbau der Bekleidungsstelle waren. Würden die Preise weiter in die Höhe gehen, müsse geprüft werden, ob der früher eingenommene Standpunkt im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung noch aufrechtzuerhalten sei. — Albers (Dem.) erklärt, die vom Vorredner angezogenen Waren zu billigen Preisen würden auch bei den Privatkaufleuten angeboten. Die Ware müsse aber auch richtig gewertet werden. Heute verkaufe der Handel 50 Prozent billiger als die Ware von den Fabrikanten angeboten werde. Der reelle Handel übervorteile das Publikum nicht. Die billige kommunale Textilversorgung sei nur möglich gewesen, weil die Städte große Zuschüsse geleistet hätten. — Frl. Bartels (Dem.) fragt, ob für die Kleinrentner etwas unternommen sei. — Direktor Dr. Link erklärt sich zustimmend. — Pape (frktl.) glaubt, daß kaum noch Kartoffeln zu erhalten seien, da die Händler das meiste aufgekauft hätten. — Der Senatsantrag wird angenommen, ebenfalls das Ersuchen Reisbergers. Dasjenige von Ambrosius wird abgelehnt.

39. Antrag: **Verstärkung der Mittel für die Flüchtlingsfürsorge.** — Wird angenommen.

40. Antrag: **Erlaß eines Gesetzes über die Ablösung der Wohnungsbeschlagnahme** und der

41. Antrag: **Erlaß einer Verordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel** werden zusammen beraten. — Dr. v. Brocken (DN.) betont, seine Fraktion habe zwar erhebliche Bedenken gegen die Vorlage, doch stelle sie diese im Interesse der Sache zurück. Der Redner spricht die Erwartung aus, daß der Wohnungsneubau mit Hilfe staatlicher Mittel recht bald einsetze. — Angenommen wird ein Antrag Wolfradt, daß bei solchen Ablösungen, bei denen der Pflichtige Mitglied einer gemeinnützigen Baugesellschaft zur Herstellung neuer Wohnungen geworden ist, die Bürgerschaft gehört werden müsse. — Dr. von Brocken (DN.) stellt eine Reihe von Aenderungen, zumeist redaktioneller Art. U. a. wendet sich der Redner dagegen, das Anbieten von Einzelzimmern unter Staatsaufsicht zu stellen. — Direktor Dr. Link ist der Ansicht, daß Mangel an Einzelzimmern nicht vorliege, die von Herrn Dreger angezogenen Mißstände würden nur in der Preisfrage liegen. — Die Senatsvorlage wird mit den beschlossenen Aenderungen angenommen. Abgelehnt werden dagegen die Ersuchen des Ausschusses.

42. Antrag: **Nachbewilligung für die von Großheimsche Privat-Realschule.** — Wird angenommen.

43. Antrag: **Nachbewilligung für die Jenischsche Freischule.** — Wird angenommen.

4. Antrag: **Nachbewilligung für das Stadt- und Landamt.** — Wird angenommen.

Schluß 9¾ Uhr.

1. Gewerkschafts-Kongreß des Afa-Bundes.

k. r. **Düsseldorf**, 3. Oktober 1921.

In dem mit Grün und Schwarz-rot-gold geschmückten Saal des Gesellschaftshauses „Verein", von dessen Wand das Bild Karl Legiens grüßte, fand am 2. und 3. Oktober unter zahlreicher Beteiligung der erste Gewerkschaftskongreß des Afa-Bundes statt.

Als Gäste waren erschienen für den Reichskanzler und den Reichsarbeitsminister Ministerialdirektor Dr. Sitzler, für den Reichswirtschaftsminister Geh. Ministerialrat Schäffer, für den Reichswirtschaftsrat Urban-Berlin, für die Stadt Düsseldorf der Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, ferner Regierungspräsident Grützner. Die österreichische Bruder-Organisation vertrat Viktor Stein-Wien, den Internationalen Gewerkschaftsbund Amsterdam und den ADGB. Leipart-Berlin. Der deutsche Metallarbeiter-Verband war durch seine beiden Vorsitzenden Dißmann und Reichel-Stuttgart vertreten, der Bergarbeiter-Verband durch Waldhecker-Bochum, der Transportarbeiter-Verband durch Kloesel, der Verband der Maschinisten und Heizer durch Krumlow, die Faka durch Händeler, die Berliner Gewerkschaftskommission durch Sabhath, die freigewerkschaftlichen Betriebsräte durch Nörpel-Berlin. Die politischen Parteien haben in Anbetracht der Bedeutung der Tagung ebenfalls Vertreter entsandt und zwar Franz Krüger-Berlin für die SPD., Jäker-Düsseldorf für die Reichstagsfraktion der SPD., Frau Agnes und Merkel für die USPD., Dipl.-Ing. Dahl für die Demokratische Partei, sowie Abgeordneter Erkelenz. Die luxemburgische Regierung hatte ihren Sozialattaché zur Tagung delegiert.

Vom Reichspräsidenten Ebert, vom Reichsinnenminister, vom Reichsschatzminister, vom Reichsminister für den Wiederaufbau, vom Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, vom badischen Arbeitsminister waren Begrüßungsschreiben eingegangen.

Aufhäuser-Berlin eröffnete den Kongreß und hieß die Delegierten der sämtlichen angeschlossenen Verbände und die Vertreter der Arbeiterbewegung und Behörden willkommen.

Als Vorsitzende wurden bestimmt: Aufhäuser-Berlin, Stähr-Kiel, Urban-Berlin.

Von den Begrüßungsreden war die von Leipart-Berlin besonders bemerkenswert. Er begrüßte den Kongreß im Namen des Internationalen Gewerkschaftsbundes und des ADGB. Der Internationale Gewerkschaftsbund sei von großer Freude erfüllt, daß der große Afa-Bund bei der Entscheidung zwischen Moskau und Amsterdam den Weg nach Amsterdam beschritten habe. Namens des großen Bruders ADGB. begrüßte er die Ueberbrückung des Spaltes, der früher zwischen Hand- und Kopfarbeiterschaft geklafft habe und daß man sich heute als gemeinsame Streiter gefunden habe. Er hofft auf ein dauerndes, erfolgreiches Zusammenwirken der beiden großen Spitzenorganisationen.

Landtagsabgeordneter Franz Krüger-Berlin überbrachte Grüße und Wünsche der SPD. Er wies auf die weitgehende Uebereinstimmung zwischen den sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften hin, die beide die Interessen des arbeitenden Volkes vertreten. Reichstagsabgeordneter Merkel begrüßte den Kongreß im Namen der USP.

Prof. Dr. Sinzheimer-Frankfurt a. M. hielt ein hochbedeutsames programmatisches Referat über die Fortbildung des einheitlichen Arbeitsrechtes, das mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde und weiteste Beachtung aller Arbeitnehmerkreise verdient. Er führte aus: Die moderne Arbeiterbewegung ist heute eine Bewegung aller Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Lehrlinge). Sie drängt nach gleichberechtigter Mitwirkung bei der Regelung aller wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten. Die besonderen Interessen der abhängigen Arbeit sind damit in den Mittelpunkt der Gesetzgebung getreten. Diesen Tendenzen entspricht die Forderung nach einem einheitlichen, autonomen und sozialen Arbeitsrecht. Das einheitliche Arbeitsrecht hat einen doppelten Sinn. An die Stelle der geschichtlich zufälligen Sonderregelungen für einzelne Arbeitnehmergruppen soll für die gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer ein allgemeines Arbeitsrecht mit einheitlichen Grundgedanken in einheitlichem Aufbau treten, das aber Sondervorschriften nicht ausschließt, wenn innere Gründe sie erforderlich machen. An die Stelle des zersplitterten Behördenwesens sollen einheitliche Arbeitsbehörden treten, in der abteilungsweise alle auf das Arbeitswesen sich beziehende öffentliche Funktionen vereinigt sind.

Das autonome Arbeitsrecht soll den Gedanken verwirklichen, daß innerhalb der allgemeinen staatlichen Gesetze in erster Linie die beteiligten Arbeitnehmer und Arbeitgeber dazu berufen sind, selbsttätig das Arbeitsrecht zu schaffen. Die beiden Formen für diese Selbsttätigkeit sind die Tarifautonomie und Räteautonomie. Die Träger der Tarifautonomie können nur selbständige und unabhängige Gewerkschaften sein. Als Träger der Räteautonomie sind die Bezirkswirtschaftsräte und der Reichswirtschaftsrat heranzuziehen, die dadurch für das Arbeitsrecht ein selbständiges Leben gewinnen können, daß ihnen der Staat Verordnungsgewalt überweist, die seither staatlichen Zentralbehörden zustand.

Der soziale Gedanke im Arbeitsrecht beruht auf der Anschauung, daß die Arbeit nicht nur privaten, sondern auch gesellschaftlichen Charakter hat und daß das gesellschaftliche Interesse den besonderen Schutz der Arbeit erheischt. Die Gesetzgebung muß in fortschreitendem Maße in allen arbeitsrechtlichen Beziehungen diesen Gedanken verwirklichen. Hiebei sind alle Versuche abzuweisen, die, wie die Kapital- und Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer in den einzelnen Betrieben, die Entwicklung des sozialen Gedankens nicht fördern, sondern hemmen. Das Ziel ist die in ihren Lebensinteressen gesicherte Arbeit in organisierter Gesamtwirtschaft.

In der sehr ausgedehnten Aussprache wurde besonders darauf hingewiesen, daß in den kleinen und Zwergbetrieben die Arbeitnehmerschaft nicht den genügenden Schutz habe. Dieser unhaltbare Zustand würde noch verschärft, wenn am 31. März 1922 die Verordnung vom 12. Februar 1920 außer Kraft trete. Eine entsprechende Entschließung Nörpels wurde einstimmig angenommen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung Reorganisation des Afa-Bundes hielt Bruno Süß-Berlin das einleitende Referat. Er begründete den von einer hierzu bestimmten Kommission ausgearbeiteten neuen Satzungsentwurf. Die Aenderung, die die neue Satzung dem alten Zustand gegenüber bringt, liegt darin, daß der Afa-Bund die einheitliche Spitzenorganisation aller freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen wird. Das ADGB. verzichtet auf die Mitgliedschaft von Angestelltenverbänden zugunsten des Afa-Bundes. Das solidarische Zusammenarbeiten beider Spitzenorganisationen in allgemeinen Arbeitnehmerfragen wird durch einen besonderen Kartellvertrag gewährleistet.

Nach einer lebhaften Debatte wurde der von der Kommission ausgearbeitete Satzungsentwurf und die freigewerkschaftlichen Grundsätze einstimmig angenommen.

Aus den freigewerkschaftlichen Grundsätzen ist besonders der § 3 von großer Bedeutung, der besagt: „Die freien Gewerkschaften der Angestellten fordern: 1. die rückhaltlose Anerkennung des Vorrechts des arbeitenden Menschen vor dem des toten Besitzes, 2. die Beseitigung des arbeitslosen Renteneinkommens zugunsten der Gesamtheit, 3. die Kontrolle der Warenerzeugung und Verteilung, 4. die gemeinwirtschaftliche Ordnung der Wirtschaftsführung, 5. die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses.

Sie erblicken deshalb im wirtschaftlichen Sozialismus gegenüber der privatkapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation."

Der bereits getätigte Kartellvertrag zwischen der Afa und dem ADGB. wurde nachträglich vom Kongreß ebenfalls einstimmig sanktioniert.

Einem Antrag der kleinen und mittleren Verbände, daß auch sie eine Vertretung bei den ehrenamtlichen Vorsitzenden finden, wurde ebenfalls stattgegeben.

Ueber Arbeitsschulen sprach Abgeordneter Lüdemann. Er führte aus: daß es nicht nur der Aenderung von Gesetzestexten, der Schaffung von neuen Gesetzesformulierung bedarf, um zu neuen sozialen Rechtszuständen zu kommen, sondern daß es unbedingt notwendig sei, gleichzeitig auch Personen zu haben, die in der Lage sind, das neue Recht durchzuführen, auszugestalten, zu handhaben und weiterzubilden. Die dringendste Frage der Gegenwart sei daher: Was kann geschehen, um eine genügende Zahl solcher Persönlichkeiten hervorzubringen, die die Aufgaben der Gegenwart meistern können. Die Gewerkschaften werden täglich mehr und mehr Mitarbeiter des neuen Staates und selbst mithelfen wollen, den neuen Staat aufzubauen. Man braucht volkswirtschaftlich durchgebildete Personen für die Arbeitnehmerorganisationen, damit sie ein genügendes Gegengewicht bieten gegen die sehr fein durchgebildeten und ungeheuer zahlreichen Sekretäre der Unternehmerorganisationen. Eine der Hauptaufgabe der Gewerkschaften müsse es sein, Menschen aus ihren eigenen Reihen nachträglich so zu schulen, daß sie in der Lage sind, auf der einen Seite voll erfüllt mit dem sozialen Gedankeninhalt der Gewerkschaftsbewegung, auf der anderen Seite ausgerüstet mit dem ganzen nationalökonomischen Wissen, unseren Organisationen das bieten zu können, was die Unternehmerschaft jetzt zur Verfügung hätte.

In der Diskussion traten alle Redner mit einer Ausnahme den Ausführungen Lüdemanns bei und die Notwendigkeit der Schaffung von Einrichtungen zur Heranbildung von Volkswirten aus Arbeitnehmerkreisen. Nur dann sei es möglich, genügend vorgebildete Vertreter in alle Wirtschaftsinstitutionen zu entsenden und nur dann sei es möglich, alle Rechte, die das Betriebsrätegesetz der Arbeitnehmerschaft gebe, voll und ganz auszunützen.

(Schluß folgt.)

Aus aller Welt.

Schiffsunglück in der Nordsee. Aus London wird berichtet: Der Dampfer „Roman" ist auf der Fahrt von Glasgow nach Dublin im Firth of Clyde bei dichtem Nebel nacheinander mit zwei Dampfern zusammengestoßen und untergegangen. Nach den hier eingelaufenen Berichten hatte der Dampfer 37 Mann Besatzung und über 100 Fahrgäste an Bord. Von den Fahrgästen sind nach der Rettung noch zwei gestorben.

Schneefall in Neuyork. Am Sonnabend ist in Neuyork der erste Schnee gefallen. Die Temperatur ist empfindlich gesunken.

Eisenbahnunglück bei Eschwege. Auf der Strecke Leinfelde-Gotha, nahe der Station Buffleben, sind acht Wagen eines Güterzuges abgerissen und zurückgerollt. Ein Güterzug aus entgegengesetzter Richtung ist auf die losgerissenen Wagen aufgefahren. 13 Wagen und die Maschine sind zertrümmert. Ein Benzintransportwagen ist explodiert und ein darauf befindlicher Bremser mit verbrannt. Mehrere Eisenbahnbeamte sind schwer verletzt.

Mord aus Rache. Freitag erschoß auf dem Prager Wenzelsplatz, mitten in der Stadt, ein Fabrikant, der sich wegen falscher Zeugenaussage in gerichtlicher Untersuchung befand und seinem Advokaten die Schuld daran zuschob, aus Rache den Sohn des Advokaten, dem er zufällig begegnete. Der Ermordete ist der 22jährige Student Karl Steiner, der Attentäter der 27 Jahre alte Rudolf Weil aus Przibram.

Sport.

Hinschenfelde I (Hamburg): Vorwärts I 1:5. Bezirksspiel am 9. Oktober. Pünktlich 3½ Uhr pfeift der Schiedsrichter vom A.T.V. das Spiel an, welches dann auch gleich forsch einsetzt. Durch ein Mißverständnis des linken Läufers, der ein Selbsttor macht, kommt Hinschenfelde schon in den ersten Minuten zu einem billigen Erfolg. Nach Anstoß verteiltes Feldspiel. In der 30. Minute erhält der Halbrechte von Vorwärts den Ball, durch einen Schuß aus 25 Meter Entfernung kommt dann der Ausgleich für den Torwächter etwas überraschend. Kurz vor Halbzeit geht Vorwärts dann in Führung (Halbzeit 2:1). Nach der Pause erzielt Vorwärts dann in gleichen Abständen noch 3 Tore, sich somit 2 wertvolle Punkte sichernd. Die Elf führte nach längerer Zeit wieder ein schönes Spiel vor, jeder tat sein Bestes. Die Gäste hatten ihren schwächsten Punkt im Torwächter und Innensturm, welcher ziemlich aufgeregt spielte. Sonst hinterließ die Mannschaft einen guten Eindruck. Der Schiedsrichter gab sich redlich Mühe, das Spiel einwandfrei zu leiten. Die wenigen Zuschauer, welche dem Spiel beiwohnten, kamen voll und ganz auf ihre Rechnung.

Jeder Parteigenosse

muß nicht nur zahlendes Mitglied sein, sondern er muß jede sich bietende Gelegenheit benutzen, für die Ideen des Sozialismus zu wirken und zu werben. Er sorge für große Verbreitung des

Lübecker Volksboten.

Das Zahnpulver „Nr. 23" 7647

reinigt die Zähne so vollkommen, daß schon nach kurz. Gebrauch das Aussehen ders. bedeutend verbessert wird.

In den Apotheken und Drogerien.

st, daß die Arbeiter und Angestellten sich den Arbeitsbaugenossenschaften anschließen. Dann wird es auch möglich sein, den Kapitalismus wirksam zu bekämpfen. Unverstand in den eigenen Reihen halte die Bestrebung zurück, darum müsse überall Aufklärung geschaffen werden. An der Aussprache beteiligten sich die Genossen A. Kleinfeldt, Haut, Kaping und Gogowsky im Sinne des Referenten. In seinem Schlußwort forderte der Genosse Klement nochmals auf, alles daran zu setzen, um die Baugenossenschaften so auszubauen, daß sie nutzbringend für die Allgemeinheit werden.

*

Der Nachtrag zum Landarbeitertarif für das Gebiet des Freistaates Lübeck rechtsverbindlich. Der Reichsarbeitsminister hat auf Antrag des Deutschen Landarbeiter-Verbandes den Nachtrag zum Tarifvertrag vom 21. Juni 1921, welcher am 6. August 1921 zwischen dem Deutschen Landarbeiter-Verband und dem Arbeitgeberverein für Landwirtschaft und Gärtnerei in Lübeck vereinbart wurde, für rechtsverbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit der Wirkung vom 16. 8. 1921. Danach hat jeder Arbeiter und Arbeiterin Anspruch auf den Tariflohn. Es liegt nun an der Arbeiterschaft selbst, diese Löhne zu fordern.

Wieder eingefangen ist der aus der Irrenanstalt ausgebrochene Zuchthäusler Weise. Er wurde in einem Gehölz bei Herrnburg gefaßt und nach Lübeck gebracht. — Wie der Polizeibericht meldete, bestätigt sich die Annahme, daß Weise sofort nach seiner Entweichung erneut Einbruchsdiebstähle ausgeführt hat. Kleidungsstücke, 1 Jagdgewehr usw. wurden in seinem Besitz gefunden und konnten ihren Eigentümern zur Verfügung gestellt werden. — Ein Krankenpfleger der Heilanstalt, der in dem dringenden Verdacht steht, Weise zur Flucht verholfen und für die Vermittlung der Flucht einer weiteren Person von den Angehörigen 500 Mk. entgegen genommen zu haben, wurde wegen Gefangenenbefreiung festgenommen.

pb. **Vandalismus.** In verflossener Nacht sind einem in der Mühlenstr. wohnhaften Geschäftsmann 2 Firmenschilder aus schwarzem Glas mit Goldschrift im Werte von 1000 Mk. mutwillig abgerissen worden.

Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Betriebsräte, Betriebsobleute, Baudelegierte! Gruppe II: Baugewerbe und Steinindustrie. Vereinigte Gruppe: III, IV, VI u. X: Bekleidungs- und Textilindustrie, Chemische Industrie, Graphisches Gewerbe, Papier- und Lederindustrie. Morgen abend Versammlung im Gewerkschaftshaus. Ausweis mitbringen.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände und Betriebsräte! Die Sammellisten für die Russenhilfe sind umgehend dem Kassierer des Ortsausschusses mit den gesammelten Beträgen zu übermitteln. Die Sammlung muß bis zum 15. d. Mts. abgeschlossen sein.

Jugendabend. Am Donnerstag, abends 7½ Uhr, findet im Kolosseum der erste Jugendabend statt. Der Lübecker Mandolinenklub wird die Veranstaltung durch einige musikalische Vorträge eröffnen. Darauf hält Herr Jugendpfleger Schermer einen Lichtbildervortrag über „Jugendheime" und wird im Bilde zeigen, was andere deutsche Städte auf diesem Gebiete bereits geleistet haben. Eine Aussprache wird sich anschließen. Die Jugend wird damit Gelegenheit haben, ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Einige Volkstänze werden den Abend beschließen. Alle Kreise, die Interesse an unserer schulentlassenen Jugend haben, werden hiermit auf diese Veranstaltung hingewiesen. Karten sind im Vorverkauf bei Ernst Robert, Breite Straße, zum Preise von 1 Mk. und 2 Mk. zu haben.

Stadttheater. Dienstag zum letzten Male die Zauberflöte. Mittwoch gelangt noch einmal Bund der Jugend zur Aufführung. Am Donnerstag zum ersten Male die Walküre unter der musikalischen Leitung von Karl Mannstaedt, szenische Leitung: Paul von Bongardt.

Hansa-Theater. Am Mittwoch wird zum ersten Male „Ihre Hoheit — die Tänzerin", Operette in 3 Akten von Walter M. Goetze, gegeben.

w. **Kuren.** Am Sonnabend, dem 8. Oktober, fand eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung der Ortsgruppe Kuren des Sozialdemokratischen Vereins statt. Genosse Ossermeyer-Lübeck sprach über „Die politische Lage und die kommenden Wahlen." Der Vortrag fand reichen Beifall. Es wurde beschlossen, zur Gemeinderatswahl soweit als möglich eigene Listen aufzustellen. Gewählt wurde ein Ausschuß, der die vorbereitenden Arbeiten für die Gemeinderatswahl übernimmt. — Viel unermüdliche Arbeit harret noch der südlichen Genossen. Sie müssen das geistige Band zwischen Stadt und Land immer fester knüpfen. Hier ist auch besonders für unsere Jungsozialisten ein dankbares Feld; die durch die Veranstaltung von Unterhaltungsabenden den sozialistischen Geist hegen und pflegen können. Denn arm an geistiger Kost ist das Leben unserer Genossen auf dem Lande.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Streik der Klempner. Der am 3. Oktober gefällte Schiedsspruch wurde abgelehnt. In der darauf vorgenommenen Abstimmung für Eintritt in den Streik stimmten 750 für und 106 gegen den Streik. Heute, Dienstag, ist in allen Betrieben die Arbeit niedergelegt worden.

Bramstedt. Kartoffelverschiebungen? Aus der Bramstedter Gegend berichten bürgerliche Blätter: Eine ungeheure Menge von Kartoffeln geht in diesem Herbste aus unserer Gegend nach auswärts. Die Ausfuhr übersteigt alles bisher Dagewesene. Die Bahnverwaltung ist nicht imstande, soviel Wagen zu stellen, als angefordert werden. Die Aufkäufer überbieten sich gegenseitig in den Preisen. Es wird behauptet, daß die meisten Kartoffeln über die Grenze gehen. Deshalb hat die Stadtverwaltung beschlossen, ein größeres Quantum aufzukaufen und einzulagern.

Kiel. Die Aussichten für die Kartoffelernte in Schleswig-Holstein haben sich nach den Berichten der Landwirtschaftskammer seit Ende Juli soweit gebessert, daß mit Ausnahme von ganz leichten Sandböden und abgesehen von frühen Sorten, für Schleswig-Holstein mit einer guten Ernte gerechnet werden.

Harburg. Buchdruckerstreik. Am Montag ist die Buchdruckergehilfenschaft Harburgs wegen Lohnforderungen in den Streik getreten. Mit Ausnahme des „Volksblattes", welches die Forderungen bewilligte, ist in allen anderen Betrieben die Arbeit eingestellt worden.

Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 10. Oktober.

Beginn 6.30 Uhr. Wortführer G. Ehlers.

Dem Eingabenausschuß überwiesen wird ein Schreiben von Anwohnern der Ritterstraße, die um Einrichtung einer Wasserversorgung bitten.

1. Antrag: Beihilfe für die Opfer des Explosionsunglücks in Oppau und Umgegend. — Wird angenommen.

2. Antrag: **Beitrag für das Oberschlesier-Hilfswerk.** — Wird angenommen.

3. Antrag: **Erlaß eines Nachtrages zum Bürgerschaftswahlgesetz vom 23. Mai 1920.** — Henk (DN.) stellt das Ersuchen, die Wahlzeit zur Bürgerschaftswahl im Landgebiet statt von 10—4 Uhr auf 12—4 Uhr festzusetzen. — Wolfradt (Soz.) kritisiert das Vorgehen des Regierungsrats Dr. Volger, der jetzt in den Landgemeinden herumreise, und die Gemeindevorsteher über die Wahlen aufklärt. Dabei behaupte der Herr, daß wahlberechtigt nur derjenige sei, der zu den Gemeindelasten beigetragen habe, so daß Ortsarme resp. deren Söhne und Töchter nicht wählen dürften. Derartige Gedanken habe die Kommission nicht vertreten. — Peckelhoff (DN.) macht auf die Unzuträglichkeiten aufmerksam, die sich in den Gemeinden bei gleichzeitiger Wahl zur Bürgerschaft und zum Gemeinderat ergeben. Der Redner stellt deshalb den Antrag, die Gemeinderatswahlen auf den 20. November zu verschieben. — Senator Kulenkamp bezweifelt, jetzt noch eine Terminänderung durchführen zu können. — Der Abänderungsantrag Henk wird angenommen, ebenso das Ersuchen Peckelhoffs. Die Senatsvorlage wird angenommen.

4. Antrag: **Gewährung einer Beihilfe an die Wegegemeinde Sierksrade.** — Wird angenommen.

5. Antrag: **Erhöhung der Kostgeldsätze der Heilanstalten.** — Reisberger (Soz.) erwartet, daß durch die Erhöhung des Tarifs auch die Kost etwas besser wird und stellt den Antrag, für die 3. Klasse die Besuchszeit ab 1. November auf 2 Tage in der Woche auszudehnen. Weiter stellt der Redner das Ersuchen, durch das Landesversorgungsamt Kartoffeln einzukaufen, damit für die Minderbemittelten diese zum Selbstkostenpreis abgegeben werden können. Durch den heutigen wilden Aufkauf der Händler hauptsächlich aus dem rheinischen Industriegebiet würden die Preise in die Höhe getrieben, so daß es den meisten unmöglich sei, sich mit Kartoffeln einzudecken. Keller zum Aufbewahren seien vorhanden. Der Senat müsse auch für das Fortbestehen der Bekleidungsstelle sorgen. Die minderbemittelte Bevölkerung sei von den wichtigsten Wäscheartikeln entblößt und bedürfe preiswerter Waren. — Auf Ersuchen des Wortführers wird diese Frage bei Anwesenheit des zuständigen Senatskommissars behandelt. — Albers (Dem.): Für das Krankenhaus muß der Staat Zuschuß leisten. Das geht auf die Dauer nicht. Die Spannung des Tarifs zwischen hiesigen und auswärtigen Krankenhausinsassen ist im Verhältnis gegen früher zu gering. Redner beantragt daher eine Erhöhung der Kostgeldsätze für Auswärtige sowohl für das Krankenhaus wie für die Heilanstalt Strecknitz. — Pape (fraktionslos) hat gegen eine Prüfung der Anträge Reisbergers nichts einzuwenden, wehrt sich aber gegen eine Wiedereinführung der Kartoffelstelle. Das Reich müßte gegen die Ausfuhr der Kartoffeln über die Grenze schärfere Maßregeln ergreifen. Der Senat müsse auch gegen den Kartoffelwucher vorgehen. Heute sollen schon bis zu 72 Mk. pro Zentner gefordert werden. — Senator Friedrich ersucht, die Senatsvorlage über die Kostgeldtarife anzunehmen. Sie zeigten ein sozialeres Bild, insbesondere auch gegenüber kranken Kindern. Gegenüber den Anträgen des Herrn Albers sei zu betonen, daß eine starke Abwanderung in die niedrigeren Klassen stattgefunden habe. Bei den heutigen Tarifen für die Auswärtigen komme das Krankenhaus auf seine Kosten. Das Krankenhaus soll keine Anstalt zum Verdienst werden. In der Heilanstalt Strecknitz, wo Dauerkranke untergebracht sind, sei die Höchstgrenze des Tarifs so gut wie erreicht. — Prof. Dr. Roth (DN.) erkennt die Berechtigung einer Erweiterung der Besuchszeit an, aber die Besuchstage brächten der Verwaltung die größten Unkosten für Ueberwachung und Reinigung. Bei den vorgeschlagenen Kostgeldsätzen sollte man es heute belassen. Für Auswärtige und für die Kranken 1. und 2. Klasse dürfe man den Bogen nicht überspannen. — Albers (Dem.) erinnert an die großen Zuschüsse, die der Staat für das Krankenhaus zahlen müsse. Die Auswärtigen würden uns unter Umständen viel Kosten verursachen, da bei einem weiteren Zuwachs Neubauten notwendig würden. Wenn doch in absehbarer Zeit wieder eine Kostgelderhöhung stattfinden müsse, sollte man auch heute schon das nehmen, was möglich ist. — Ambrosius (Dem.) hält den Antrag Reisbergers für zu eng begrenzt. Weite Kreise seien nicht in der Lage, sich mit Kartoffeln einzudecken. Aber wenn neben den Händlern nun auch der Staat als Käufer auftrete, werde der Markt noch mehr angezogen. Der Staat soll den Bedürftigsten Zuschüsse gewähren. — Schermer (Soz.) fordert, die Altersgrenze bei kranken Kindern auf 15 Jahre festzusetzen. Bis zu dieser Zeit hätten die Eltern noch die Last zu tragen. Bei der vorgesehenen Altersgrenze würden die Eltern noch zu schwer betroffen, während vom 15. Jahre ab die Kinder Minderbemittelter bereits in der Krankenkasse Mitglied seien. — Timmerman (Soz.) warnt vor dem Antrag Albers. Wir müßten es vermeiden, Auswärtige vom Krankenhaus fernzuhalten. Diese würden durch unsere tüchtigen Spezialärzte angezogen. — Die Anträge Albers werden abgelehnt, derjenige Reisbergers auf Ausdehnung der Besuchszeit im Krankenhaus wird angenommen. Ebenso der ganze Senatsantrag.

6. Antrag: **Beschaffung von physikalischen Apparaten für das Allgemeine Krankenhaus.** — Ambrosius (Dem.) bemängelt die Anschaffung einer Kamera von einer auswärtigen Firma. Der Staat sollte vor allem Handel und Gewerbe im eigenen Lande unterstützen. Redner stellt einen Antrag, den Apparat hier zu kaufen. — Prof. Dr. Roth (DN.): Hiesige Firmen werden nach Möglichkeit berücksichtigt; wenn keine besonderen Gründe vorliegen, soll es auch bei dem Apparat geschehen. — Der Senatsantrag wird angenommen, der Antrag Ambrosius abgelehnt.

7. Antrag: **Erhöhung der Sielabgaben und Aufhebung der Sielbaukasse.** — Henk (DN.) wünscht Verbesserung des Siels Kurau und beim Landgraben in Fackenburg. In beiden Fällen könnte viel brauchbares Land gewonnen werden. Die Arbeit könnte von Erwerbslosen ausgeführt werden. Redner stellt einen dementsprechenden Antrag. — Mohr (Dem.) wünscht Errichtung einer Warmbadeanstalt in St. Lorenz unter Benutzung des Warmwassers vom Kühlhaus. — Senator Dr. Stooss: Vom Bauamt ist ein Projekt für Errichtung einer Warmbadeanstalt ausgearbeitet und der Finanzbehörde zugestellt worden. — Der Senatsantrag und das Ersuchen Henks werden angenommen.

8. Antrag: **Herrichtung einer Biologieklasse im Katharineum.** — Timmermann (Soz.) beantragt Kommissionsberatung. Die Notwendigkeit müsse erst geprüft werden, auch die Raumfrage bedürfe der Klärung. — Schermer (Soz.) fragt, ob es wahr sei, daß die Klassen der Gewerbeschule aus ihrem eigentlichen Schulhause entfernt und nach der Burgschule verlegt werden sollen. Man wolle wieder die Räume für die Realschule zum Dom benutzen. — Vom Senatstisch wird erklärt, die Angleegenheit werde gegenwärtig geprüft. — Der Antrag Timmermann wird angenommen.

9. Antrag: **Beschaffung von Büchergestellen für die Stadtbibliothek.** — Wird angenommen.

10. Antrag: **Umpflasterung von Straßen.** — Casbohm (Soz.) empfiehlt, den Handwagenbesitzern die Benutzung der Reitwege zu gestatten. — Niemann (Dem.) fordert Verbesserung von Straßen in Schlutup. — Kähler (Dem.) wünscht besseres Pflaster in der oberen Engels- und Fischergrube. — Pape (fraktionslos) wünscht, die Fußsteige auf ihre Reparaturbedürftigkeit zu prüfen. — Meyer (Soz.) ersucht um Verbesserung des Mühlenweges in Moisling. — Der Senatsantrag wird angenommen.

11. Antrag: **Aufhebung von Sielordnungen und Neufestsetzung der Gebühren für die Prüfung, Genehmigung und Abnahme von Privatsielanlagen.** — Wird angenommen.

12. Antrag: **Unterhaltung und Reinigung der Straßen in Siedlungen.** — Heise (Dem.) beantragt Kommissionsberatung. Der Siedler sei schon so hoch genug belastet, man brauche ihm nicht zu der Reinigung der Wege und Wassergräben heranzuziehen. — Baudirektor Baltzer: Die Siedler hatten seinerzeit nichts hiergegen eingewendet. — Der Antrag Heise wird angenommen.

13. Antrag: **Bauliche Veränderungen im Gerichtshause.** — Wird angenommen.

14. Antrag: **Nachbewilligung für die Behörde für Travemünde.** — Wird angenommen.

15. Antrag: **Erlaß eines fünften Nachtrages zum lübeckischen Gewerbegerichtsgesetz.** — Wird auf Antrag Dreger (Soz.) einem Ausschuß überwiesen.

15a. Antrag: **Erhaltung des Giebels des Hauses Hüxstraße Nr. 118.** — Dreger (Soz.) fordert Absetzung dieses Antrages von der Tagesordnung. — Klein (Dem.) erklärt ebenfalls, ohne Fraktionsberatung dem Antrag nicht zustimmen zu können. — Der Antrag wird abgesetzt.

16. Antrag: **Ankauf einer Landfläche für den Bau von Pflegerwohnungen.** — Wird angenommen.

17. Antrag: **Verkauf eines Bauplatzes an der Moislinger Allee.** — Reppenhagen (Soz.) beantragt Ausschußberatung. Durch eine Bebauung de Platzes würde den Anwohnern der Margaretenstraße Licht und Luft genommen. Auch der Kaufpreis sei zu gering. — Ausschußberatung wird beschlossen.

18. Antrag: **Haushaltsplan der Forstverwaltung für das Wirtschaftsjahr 1922.** — Heise (Dem.) bringt den Wunsch des hiesigen Holzgewerbes vor, seinen Bedarf in unseren Forsten decken zu dürfen. Die Frachten für auswärtiges Holz seien zu groß. — G. Reimpell (DN.) beantragt Telephonanschluß für die Forsthäuser Wesloe und Altlauerhof. — Riechert (Soz.) kritisiert das unverantwortliche Fällen von Bäumen in Travemünde zur Anlegung eines Spielplatzes. — G. Reimpell (DN.) erklärt, die Forstverwaltung werde diesem unbefugten Eingriff mit aller Schärfe nachgehen. — Die Senatsvorlage wird mit der beantragten Abänderung angenommen.

19. Antrag: **Nachbewilligung für die Forstverwaltung.** — Wird angenommen.

20. Antrag: **Erhöhung der Löhne der Gemeinde- und Staatsarbeiter.** — Wird angenommen.

21. Antrag: **Erhöhung der Löhne für das Personal der Lübecker Straßenbahn.** — Pape (frktl.) hält die Einführung der erhöhten Taxe nach 9 Uhr abends nicht für im Interesse der Straßenbahn liegend. Man sollte sie erst von 10 Uhr ab gelten lassen. — Der Senatsantrag wird angenommen.

Ohne Debatte werden folgende 10 Anträge angenommen:

22. Antrag: **Nachbewilligung für die Baubehörde.**
23. Antrag: **Nachbewilligung für die Gerichtsbehörden.**
24. Antrag: **Nachbewilligung für den Landarmenverband.**
25. Antrag: **Nachbewilligung für den Ortsarmenverband Lübeck.**

Das Band.

Mein Bekannter — soll ich mich zu der Bekanntschaft bekennen? — mein Bekannter ist ein hungrigre Bohemien und überhaupt ein unmöglicher Mensch, der — —

Also zum Beispiel, statt der allein seligmachenden Art von Unterhosen trägt er, so groß ist seine Verwerflichkeit, jene exkommunizierten Unterhosen mit Leinenbändern. Aber die Bänder knüpfen sich immer wieder auf und hängen unter der Hose heraus.

Ich begegnete meinem Bekannten auf einer belebten Straße. „Wie geht es Ihnen?" sagte ich. „Verzeihung, Ihnen hängt das Unterhosenband heraus!"

„Vierhundertsechsunddreißig," sagte er. „Danke, danke. Es geht mir schlecht!"

Es hing ihm ein langes, schmutzigweißes Band über den Schuh. Ich riet: „Wollen Sie nicht in ein Hausior treten und sich das richten?"

„Nach nicht," sagte er. „Pardon," sagte ein Herr im Pelz und lüftete den Zylinder, „pardon. Darf ich Sie auf einen kleinen Toilettefehler aufmerksam machen? Ein Bändchen — —"

„Vierhundertsiebenunddreißig!" sagt mein Bekannter. „Danke, o Wohltäter!"

„So, Herr, Sie wer'n Ihnen Ihr Hosenbandel abreien!" mahnte eine Frau aus dem Volk.

„Vierhundertachtunddreißig, heißen Dank!" sagte mein Bekannter. „Ja, schlecht," sagte er zu mir. Ganz einfach nichts zu essen. Heute ist übrigens ein guter Tag, ich bin satgegessen, gesund, vergnügt, und alle Leute benehmen sich so nett gegen mich — —"

„Wie soll ich Ihnen danken? Vierhundertneunundvierzig," wandte er sich an einen Lehrjungen, der ihn auf eine humoristische Art auf sein Hosenband aufmerksam gemacht hatte. Dann wieder zu mir:

„Man sollte es gar nicht glauben, wie aufmerksam sich die Menschen gegen den geringsten der Brüder benehmen, wie gern sie bereit sind, sich um ihn zu kümmern, ihm beizustehen — —"

„Vierhundertneununddreißig. Gott lohn es Ihnen!" (Dies zu einem Studenten, der ihn stumm auf die Schulter geklopft und ihm dann das Hosenband mit der Hand gewiesen hatte.)

„Wirklich," sagte mein Bekannter, „das innige Band, das Menschen und Menschen verbindet, ist — —"

„Ihr Unterhosenband!" sagte ein Invalide militärisch streng. Mein Bekannter salutierte: „Danke gehorsamst! Vierhundertvierzig."

„Warum zählen Sie bis vierhundertvierzig?" fragte ich. „Und warum knüpfen Sie dieses schreckliche Unterhosenband nicht zu?"

Mein Bekannter grinste hämisch. „Weil ich doch feststellen will, wie viele Leute mich in einer Stunde darauf aufmerksam machen. Bisher waren es vierhundertvierzig edle Wohltäter. Ich sage Ihnen, das Band, das Menschen und Menschen verbindet, ist — unlösbar! Alle, alle wollen wir helfen. Wie viel wahre Courtoisie entdeckte ich nicht an den Intellektuellen, wie gutmütig ist doch die Bourgeoisie, wie treuherzig das schlichte Volk! Man sollte meinen, daß in so einer Millionenstadt der einzelne — — —. Nein, es ist nicht wahr. Wenn ihm vier Zentimeter Unterhosenband hervorstrecken, kommen gleich vierhundertvierzig liebe, gute Mitmenschen — —"

Das Gesicht meines Bekannten verzerrte sich auf einmal, er schüttelte die Fäuste, schrie mich an:

„Aber vorige Woche habe ich gehungert! Einfach nichts zu fressen gehabt, tagelang. Ich schwöre Ihnen, man hat es mir angesehen, deutlicher als man jetzt mein Unterhosenband sieht. Wieviele Leute, glauben Sie, haben mich damals auf der Gasse angesprochen? Vierhundertvierzig, glauben Sie?

Nicht einer, Herr! Ich hätte seelenruhig krepieren können, ohne daß sich jemand in die Amtshandlung eingemischt hätte. Heute aber ist ein guter Tag, die halbe Stadt springt mir hilfreich bei. Danke, gnädige Frau, vierhunderteinundvierzig. Danke, Fräulein, vierhundertzweiundvierzig! Heute ist die ganze Stadt besorgt um mich bemüht. Wenn ich nächstens wieder am Krepieren bin, knüpfe ich gleich meine Hosenbänder auf, da sehe ich wenigstens besorgte Blicke, freundliche Gesichter. Ja, das Band, das Mensch und Mensch verbindet — —"

Arnold Höllriegel (Wien.)

26. Antrag: **Nachbewilligung für die Behörde für das Feuerlöschwesen.**

27. Antrag: **Nachbewilligung für das Polizeiamt.**

28. Antrag: **Nachbewilligung für das Arbeits- und Wohlfahrtsamt.**

29. Antrag: **Nachbewilligung für das Stadttheater mit Saalbau.**

30. Antrag: **Nachbewilligung für die Betriebsbehörde, Abt. Schlachthof.**

31. Antrag: **Nachbewilligung für die Markthalle.**

32. Antrag: **Erhöhung der Teuerungszuschläge für die Beamten u. w. d. a.** — Haut (Soz.) stellt und begründet einen Antrag, den Angestellten im lübschen Staat eine besondere Betriebsrätevertretung zu verschaffen. Gemeinsame Vertretungen seien angebracht, wo unter vielen Beamten nur wenige Angestellte vorhanden seien. Wo aber die Zahl der Angestellten größer sei, wäre eine besondere Vertretung von Beamten und Angestellten besser. — Klein (Dem.) hält die von der Reichsregierung gewährten Teuerungszulagen durch die neue Teuerung für weit überholt. Der Wert des Einkommens ist um 50 Prozent gesunken. Der Senat sollte durch seinen Vertreter in Berlin darauf hinwirken, daß die Hilfeleistung bald eintritt, wenn die Beamten nicht gegenüber den anderen arbeitenden Schichten ins Hintertreffen geraten sollen. Der Senats- und der Antrag Haut werden angenommen.

33. Antrag: **Einführung der Grundsteuer in den Landgemeinden.** — Henk (DN.) beantragt Ueberweisung an den Ausschuß, der die Steuerverhältnisse im Landgebiete prüfen soll. — Dem wird entsprochen.

A. Puls (Soz.) fragt, ob es nicht möglich sei, die Vorlage über die Ruhelohnkasse der Bürgerschaft zugehen zu lassen. Dies Versprechen müsse endlich eingelöst werden. — Senator Dr. Vermehren: Die Vorlage ist im Druck und wird der Bürgerschaft in den nächsten Tagen zugehen.

34. Antrag: **Neuorganisation der landwirtschaftlichen Winterschule.** — Wird mit einer Abänderung Schulmerichs angenommen.

35. Antrag: **Bereitstellung weiterer Mittel für die Grundwasserversorgung Lübecks.** — Wird angenommen.

36. Antrag: **Bauliche Veränderungen in der Nutzviehhalle.** Wird angenommen.

37. Antrag: **Gewährung einer Beihilfe an die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen.** — Dreger (Soz.) ersucht um Ablehnung der Vorlage und weist darauf hin, daß trotz der Zusammenlegung der Rechtsauskunftsstelle mit dem Arbeitersekretariat besondere Auskünfte erteilt würden. Es sei völlig unangebracht, daß der lübsche Staat Geld für die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen hergebe, die wieder mit den Rechtsauskunftsstellen in anderen Orten in Verbindung stehe. Diese brauchen wir nicht zu unterstützen. — Senator Bromme behauptet, die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen habe mit den Rechtsauskunftsstellen nichts zu tun. Mit der wachsenden Not hätten sich auch die Schwindelfirmen vermehrt, denen so mancher zum Opfer falle, insbesondere auch den Darlehnsschwindlern. — Mohr (Dem.) beantragt Ausschußberatung. — Dreger (Soz.) verschließt sich nicht der Verdienste, die sich die Zentralstelle erworben, wehrt sich aber entschieden gegen die indirekte Unterstützung anderer Rechtsauskunftsstellen des bekannten Verbandes mit lübschem Geld. — Der Antrag wird einem Ausschuß überwiesen.

38. Antrag: **Unterstützung notleidender Stiftungen.** — Senator Bromme erwidert auf die Erklärung des Wortführers über die Anträge Reisbergers und Ambrosius zur Verbilligung der Kartoffeln, daß das Wohlfahrtsamt damit beauftragt werden solle. Das Verfahren stelle sich billiger als durch das Landesversorgungsamt. Das Defizit der alten Kartoffelstelle belaufe sich nicht über 500 000 Mark. Der nächsten Bürgerschaftssitzung werde ein Antrag über die Kartoffellieferung zugehen. Ein großer Apparat hierfür dürfe nicht angeschafft werden. Man werde dahin trachten müssen, daß die Bezieher die Kartoffeln gleich beim Bahnwagen abholen. Nur haltbare Sorten würden angeschafft. — Reisberger fordert schnelle Arbeit und Beibehaltung der Bekleidungsstelle im Interesse der Notleidenden. — Albers (Dem.) wendet sich gegen diese letztere Absicht. — Senator Bromme betont, die Gelegenheit zur Beschaffung billiger Textilien sei bereits verpaßt. Ebenso sei es bei Schuhen gewesen, die vom Reichswirtschaftsministerium angeboten wurden. Jetzt habe dasselbe Ministerium wieder Textilien angeboten und betont, die Gemeinden sollten die Versorgung der Minderbemittelten mit diesen Artikeln im Auge behalten. Insbesondere solle Bett- und Leibwäsche beschafft werden. — Haut (Soz.) hält die Erklärung vom Senatstische, daß sich die Bürgerschaft in der nächsten Sitzung mit der Kartoffelbeschaffung befassen solle, nicht für genügend. Der Antrag Ambrosius sei zu dehnbar. Die Höhe der Mittel sei gar nicht zu übersehen. Man hätte sich mit der oldenburgischen Regierung in Verbindung setzen sollen, die kürzlich 4000 Zentner Kartoffeln angeboten hätte. Es müsse ein Posten eingelagert werden für die Zeit, wo eine Einfuhr nicht erfolgen könne. An die Bevölkerung müsse direkt geliefert werden. Damit nicht die Händler wieder einen großen Prozentsatz schlucken. Die Vertretung durch das Arbeits- und Wohlfahrtsamt enthalte einen Beigeschmack. Der Redner beschäftigt sich sodann mit den Verhältnissen auf dem Textilienmarkte, wo die Preise ebenfalls sprunghaft steigen und die Fabrikanten ungeheure Profite einheimsen. Auch in dieser Beziehung habe sein Fraktionskollege Reisberger gute Fingerzeige gegeben. Das Landesversorgungsamt habe Gelegenheit gehabt, Schuhe und Stiefel billig einzukaufen. Es wäre nicht zu verantworten gewesen, wenn man diese Gelegenheit hätte unbenutzt vorüberziehen lassen. Bei jedem Hundertpaar habe man 115 Paar zu so billigem Preise extra erhalten, daß diese zu 35—40 Mark abgegeben werden konnten. Hervorragende Angebote seitens der Reichsstellen habe man ablehnen müssen, weil Bürgerschaft und Senat für den Abbau der Bekleidungsstelle waren. Würden die Preise weiter in die Höhe gehen, müsse geprüft werden, ob der früher eingenommene Standpunkt im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung noch aufrechtzuerhalten sei. — Albers (Dem.) erklärt, die vom Vorredner angezogenen Waren zu billigen Preisen würden auch bei den Privatkaufleuten angeboten. Die Ware müsse aber auch richtig gewertet werden. Heute verkaufe der Handel 50 Prozent billiger als die Ware von den Fabrikanten angeboten werde. Der reelle Handel übervorteile das Publikum nicht. Die billige kommunale Textilversorgung sei nur möglich gewesen, weil die Städte große Zuschüsse geleistet hätten. — Frl. Bartels (Dem.) fragt, ob für die Kleinrentner etwas unternommen sei. — Direktor Dr. Link erklärt sich zustimmend. — Pape (frktl.) glaubt, daß kaum noch Kartoffeln zu erhalten seien, da die Händler das meiste aufgekauft hätten. — Der Senatsantrag wird angenommen, ebenfalls das Ersuchen Reisbergers. Dasjenige von Ambrosius wird abgelehnt.

39. Antrag: **Verstärkung der Mittel für die Flüchtlingsfürsorge.** — Wird angenommen.

40. Antrag: **Erlaß eines Gesetzes über die Ablösung der Wohnungsbeschlagnahme** und der

41. Antrag: **Erlaß einer Verordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel** werden zusammen beraten. — Dr. v. Brocken (DN.) betont, seine Fraktion habe zwar erhebliche Bedenken gegen die Vorlage, doch stelle sie diese im Interesse der Sache zurück. Der Redner spricht die Erwartung aus, daß der Wohnungsneubau mit Hilfe staatlicher Mittel recht bald einsetze. — Angenommen wird ein Antrag Wolfradt, daß bei solchen Ablösungen, bei denen der Pflichtige Mitglied einer gemeinnützigen Baugesellschaft zur Herstellung neuer Wohnungen geworden ist, die Bürgerschaft gehört werden müsse. — Dr. von Brocken (DN.) stellt eine Reihe von Aenderungen, zumeist redaktioneller Art. U. a. wendet sich der Redner dagegen, das Anbieten von Einzelzimmern unter Staatsaufsicht zu stellen. — Direktor Dr. Link ist der Ansicht, daß Mangel an Einzelzimmern nicht vorliege, die von Herrn Dreger angezogenen Mißstände würden nur in der Preisfrage liegen. — Die Senatsvorlage wird mit den beschlossenen Aenderungen angenommen. Abgelehnt werden dagegen die Ersuchen des Ausschusses.

42. Antrag: **Nachbewilligung für die von Großheimsche Privat-Realschule.** — Wird angenommen.

43. Antrag: **Nachbewilligung für die Jenischsche Freischule.** — Wird angenommen.

4. Antrag: **Nachbewilligung für das Stadt- und Landamt.** — Wird angenommen.

Schluß 9¾ Uhr.

---

1. Gewerkschafts-Kongreß des Afa-Bundes.

k. r. **Düsseldorf**, 3. Oktober 1921.

In dem mit Grün und Schwarz-rot-gold geschmückten Saal des Gesellschaftshauses „Verein", von dessen Wand das Bild Karl Legiens grüßte, fand am 2. und 3. Oktober unter zahlreicher Beteiligung der erste Gewerkschaftskongreß des Afa-Bundes statt.

Als Gäste waren erschienen für den Reichskanzler und den Reichsarbeitsminister Ministerialdirektor Dr. Sitzler, für den Reichswirtschaftsminister Geh. Ministerialrat Schäffer, für den Reichswirtschaftsrat Urban-Berlin, für die Stadt Düsseldorf der Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, ferner Regierungspräsident Grützner. Die österreichische Bruder-Organisation vertrat Viktor Stein-Wien, den Internationalen Gewerkschaftsbund Amsterdam und den ADGB. Leipart-Berlin. Der deutsche Metallarbeiter-Verband war durch seine beiden Vorsitzenden Dißmann und Reichel-Stuttgart vertreten, der Bergarbeiter-Verband durch Waldhecker-Bochum, der Transportarbeiter-Verband durch Kloesel, der Verband der Maschinisten und Heizer durch Krumlow, die Faka durch Händeler, die Berliner Gewerkschaftskommission durch Sabbath, die freigewerkschaftlichen Betriebsräte durch Nörpel-Berlin. Die politischen Parteien haben in Anbetracht der Bedeutung der Tagung ebenfalls Vertreter entsandt und zwar Franz Krüger-Berlin für die SPD., Jäker-Düsseldorf für die Reichstagsfraktion der SPD., Frau Agnes und Merkel für die USPD., Dipl.-Ing. Dahl für die Demokratische Partei, sowie Abgeordneter Erkelenz. Die luxemburgische Regierung hatte ihren Sozialattaché zur Tagung delegiert.

Vom Reichspräsidenten Ebert, vom Reichsinnenminister, vom Reichsschatzminister, vom Reichsminister für den Wiederaufbau, vom Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, vom badischen Arbeitsminister waren Begrüßungsschreiben eingegangen.

Aufhäuser-Berlin eröffnete den Kongreß und hieß die Delegierten der sämtlichen angeschlossenen Verbände und die Vertreter der Arbeiterbewegung und Behörden willkommen.

Als Vorsitzende wurden bestimmt: Aufhäuser-Berlin, Stähr-Kiel, Urban-Berlin.

Von den Begrüßungsreden war die von Leipart-Berlin besonders bemerkenswert. Er begrüßte den Kongreß im Namen des Internationalen Gewerkschaftsbundes und des ADGB. Der Internationale Gewerkschaftsbund sei von großer Freude erfüllt, daß der große Afa-Bund bei der Entscheidung zwischen Moskau und Amsterdam den Weg nach Amsterdam beschritten habe. Namens des großen Bruders ADGB. begrüßte er die Ueberbrückung des Spaltes, der früher zwischen Hand- und Kopfarbeiterschaft geklafft habe und daß man sich heute als gemeinsame Streiter gefunden habe. Er hofft auf ein dauerndes, erfolgreiches Zusammenwirken der beiden großen Spitzenorganisationen.

Landtagsabgeordneter Franz Krüger-Berlin überbrachte Grüße und Wünsche der SPD. Er wies auf die weitgehende Uebereinstimmung zwischen den sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften hin, die beide die Interessen des arbeitenden Volkes vertreten. Reichstagsabgeordneter Merkel begrüßte den Kongreß im Namen der USP.

Prof. Dr. Sinzheimer-Frankfurt a. M. hielt ein hochbedeutsames programmatisches Referat über die Fortbildung des einheitlichen Arbeitsrechtes, das mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde und weiteste Beachtung aller Arbeitnehmerkreise verdient. Er führte aus: Die moderne Arbeiterbewegung ist heute eine Bewegung aller Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Lehrlinge). Sie drängt nach gleichberechtigter Mitwirkung bei der Regelung aller wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten. Die besonderen Interessen der abhängigen Arbeit sind damit in den Mittelpunkt der Gesetzgebung getreten. Diesen Tendenzen entspricht die Forderung nach einem einheitlichen, autonomen und sozialen Arbeitsrecht. Das einheitliche Arbeitsrecht hat einen doppelten Sinn. An die Stelle der geschichtlich zufälligen Sonderregelungen für einzelne Arbeitnehmergruppen soll für die gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer ein allgemeines Arbeitsrecht mit einheitlichen Grundgedanken in einheitlichem Aufbau treten, das aber Sondervorschriften nicht ausschließt, wenn innere Gründe sie erforderlich machen. An die Stelle des zersplitterten Behördenwesens sollen einheitliche Arbeitsbehörden treten, in der abteilungsweise alle auf das Arbeitswesen sich beziehende öffentliche Funktionen vereinigt sind.

Das autonome Arbeitsrecht soll den Gedanken verwirklichen, daß innerhalb der allgemeinen staatlichen Gesetze in erster Linie die beteiligten Arbeitnehmer und Arbeitgeber dazu berufen sind, selbsttätig das Arbeitsrecht zu schaffen. Die beiden Formen für diese Selbsttätigkeit sind die Tarifautonomie und Räteautonomie. Die Träger der Tarifautonomie können nur selbständige und unabhängige Gewerkschaften sein. Als Träger der Räteautonomie sind die Bezirkswirtschaftsräte und der Reichswirtschaftsrat heranzuziehen, die dadurch für das Arbeitsrecht ein selbständiges Leben gewinnen können, daß ihnen der Staat Verordnungsgewalt überweist, die seither staatlichen Zentralbehörden zustand.

Der soziale Gedanke im Arbeitsrecht beruht auf der Anschauung, daß die Arbeit nicht nur privaten, sondern auch gesellschaftlichen Charakter hat und daß das gesellschaftliche Interesse den besonderen Schutz der Arbeit erheischt. Die Gesetzgebung muß in fortschreitendem Maße in allen arbeitsrechtlichen Beziehungen diesen Gedanken verwirklichen. Hiebei sind alle Versuche abzuweisen, die, wie die Kapital- und Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer in den einzelnen Betrieben, die Entwicklung des sozialen Gedankens nicht fördern, sondern hemmen. Das Ziel ist die in ihren Lebensinteressen gesicherte Arbeit in organisierter Gesamtwirtschaft.

In der sehr ausgedehnten Aussprache wurde besonders darauf hingewiesen, daß in den kleinen und Zwergbetrieben die Arbeitnehmerschaft nicht den genügenden Schutz habe. Dieser unhaltbare Zustand würde noch verschärft, wenn am 31. März 1922 die Verordnung vom 12. Februar 1920 außer Kraft trete. Eine entsprechende Entschließung Nörpels wurde einstimmig angenommen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung Reorganisation des Afa-Bundes hielt Bruno Süß-Berlin das einleitende Referat. Er begründete den von einer hierzu bestimmten Kommission ausgearbeiteten neuen Satzungsentwurf. Die Aenderung, die die neue Satzung dem alten Zustand gegenüber bringt, liegt darin, daß der Afa-Bund die einheitliche Spitzenorganisation aller freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen wird. Der ADGB. verzichtet auf die Mitgliedschaft von Angestelltenverbänden zugunsten des Afa-Bundes. Das solidarische Zusammenarbeiten beider Spitzenorganisationen in allgemeinen Arbeitnehmerfragen wird durch einen besonderen Kartellvertrag gewährleistet.

Nach einer lebhaften Debatte wurde der von der Kommission ausgearbeitete Satzungsentwurf und die freigewerkschaftlichen Grundsätze einstimmig angenommen.

Aus den freigewerkschaftlichen Grundsätzen ist besonders der § 3 von großer Bedeutung, der besagt: „Die freien Gewerkschaften der Angestellten fordern: 1. die rückhaltlose Anerkennung des Vorrechts des arbeitenden Menschen vor dem des toten Besitzes, 2. die Beseitigung des arbeitslosen Renteneinkommens zugunsten der Gesamtheit, 3. die Kontrolle der Warenerzeugung und Verteilung, 4. die gemeinwirtschaftliche Ordnung der Wirtschaftsführung, 5. die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses.

Sie erblicken deshalb im wirtschaftlichen Sozialismus gegenüber der privatkapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation."

Der bereits getätigte Kartellvertrag zwischen der Afa und dem ADGB. wurde nachträglich vom Kongreß ebenfalls einstimmig sanktioniert.

Einem Antrag der kleinen und mittleren Verbände, daß auch sie eine Vertretung bei den ehrenamtlichen Vorsitzenden finden, wurde ebenfalls stattgegeben.

Ueber Arbeitsschulen sprach Abgeordneter Lüdemann. Er führte aus: daß es nicht nur der Aenderung von Gesetzestexten, der Schaffung von neuen Gesetzesformulierung bedarf, um zu neuen sozialen Rechtszuständen zu kommen, sondern daß es unbedingt notwendig sei, gleichzeitig auch Personen zu haben, die in der Lage sind, das neue Recht durchzuführen, auszugestalten, zu handhaben und weiterzubilden. Die dringendste Frage der Gegenwart sei daher: Was kann geschehen, um eine genügende Zahl solcher Persönlichkeiten hervorzubringen, die die Aufgaben der Gegenwart meistern können. Die Gewerkschaften werden täglich mehr und mehr Mitarbeiter des neuen Staates und selbst mithelfen wollen, den neuen Staat aufzubauen. Man braucht volkswirtschaftlich durchgebildete Personen für die Arbeitnehmerorganisationen, damit sie ein genügendes Gegengewicht bieten gegen die sehr fein durchgebildeten und ungeheuer zahlreichen Sekretäre der Unternehmerorganisationen. Eine der Hauptaufgabe der Gewerkschaften müsse es sein, Menschen aus ihren eigenen Reihen nachträglich so zu schulen, daß sie in der Lage sind, auf der einen Seite voll erfüllt mit dem sozialen Gedankeninhalt der Gewerkschaftsbewegung, auf der anderen Seite ausgerüstet mit dem ganzen nationalökonomischen Wissen, unseren Organisationen das bieten zu können, was die Unternehmerschaft jetzt zur Verfügung hätte.

In der Diskussion traten alle Redner mit einer Ausnahme den Ausführungen Lüdemanns bei und die Notwendigkeit der Schaffung von Einrichtungen zur Heranbildung von Volkswirten aus Arbeitnehmerkreisen. Nur dann sei es möglich, genügend vorgebildete Vertreter in alle Wirtschaftsinstitutionen zu entsenden und nur dann sei es möglich, alle Rechte, die das Betriebsrätegesetz der Arbeitnehmerschaft gebe, voll und ganz auszunützen.

(Schluß folgt.)

Aus aller Welt.

Schiffsunglück in der Nordsee. Aus London wird berichtet: Der Dampfer „Roman" ist auf der Fahrt von Glasgow nach Dublin im Firth of Clyde bei dichtem Nebel nacheinander mit zwei Dampfern zusammengestoßen und untergegangen. Nach den hier eingelaufenen Berichten hatte der Dampfer 37 Mann Besatzung und über 100 Fahrgäste an Bord. Von den Fahrgästen sind nach der Rettung noch zwei gestorben.

Schneefall in Neuyork. Am Sonnabend ist in Neuyork der erste Schnee gefallen. Die Temperatur ist empfindlich gesunken.

Eisenbahnunglück bei Eschwege. Auf der Strecke Leinfelde-Gotha, nahe der Station Buffleben, sind acht Wagen eines Güterzuges abgerissen und zurückgerollt. Ein Güterzug aus entgegengesetzter Richtung ist auf die losgerissenen Wagen aufgefahren. 13 Wagen und die Maschine sind zertrümmert. Ein Benzintransportwagen ist explodiert und ein darauf befindlicher Bremser mit verbrannt. Mehrere Eisenbahnbeamte sind schwer verletzt.

Mord aus Rache. Freitag erschoß auf dem Prager Wenzelsplatz, mitten in der Stadt, ein Fabrikant, der sich wegen falscher Zeugenaussage in gerichtlicher Untersuchung befand und seinem Advokaten die Schuld daran zuschob, aus Rache den Sohn des Advokaten, dem er zufällig begegnete. Der Ermordete ist der 22jährige Student Karl Steiner, der Attentäter der 27 Jahre alte Rudolf Weil aus Przibram.

Sport.

Hinschenfelde I (Hamburg): Vorwärts I 1:5, Bezirksspiel am 9. Oktober. Pünktlich 3½ Uhr pfeift der Schiedsrichter vom A.T.V. das Spiel an, welches dann auch gleich forsch einsetzt. Durch ein Mißverständnis des linken Läufers, der ein Selbsttor macht, kommt Hinschenfelde schon in den ersten Minuten zu einem billigen Erfolg. Nach Anstoß verteiltes Feldspiel. In der 30. Minute erhält der Halbrechte von Vorwärts den Ball, durch einen Schuß aus 25 Meter Entfernung kommt dann der Ausgleich für den Torwächter etwas überraschend. Kurz vor Halbzeit geht Vorwärts dann in Führung (Halbzeit 2:1). Nach der Pause erzielt Vorwärts dann in gleichen Anständen noch 3 Tore, sich somit 2 wertvolle Punkte sichernd. Die Elf führte nach längerer Zeit wieder ein schönes Spiel vor, jeder tat sein Bestes. Die Gäste hatten ihren schwächsten Punkt im Torwächer und Innensturm, welcher ziemlich aufgeregt spielte. Sonst hinterließ die Mannschaft einen guten Eindruck. Der Schiedsrichter gab sich redlich Mühe, das Spiel einwandfrei zu leiten. Die wenigen Zuschauer, welche dem Spiel beiwohnten, kamen voll und ganz auf ihre Rechnung.

Jeder Parteigenosse
muß
nicht nur
zahlendes Mitglied sein, sondern er
muß jede sich bietende Gelegenheit benutzen, für die Ideen des Sozialismus zu wirken und zu werben. Er sorge
für große Verbreitung
des
Lübecker Volksboten.

Das Zahnpulver „Nr. 23" 7647
reinigt die Zähne so vollkommen, daß schon nach kurz. Gebrauch das Aussehen ders. bedeutend verbessert wird.
In den Apotheken und Drogerien.

Werktätiges Volk wach auf!

Du mußt Farbe bekennen!

Entweder Du bist Monarchist —
Oder Republikaner!
Entweder Du bist Kapitalist —
Oder Proletarier!
Kannst Du von Deinem Besitze leben —
Oder mußt Du durch Hand- oder Kopfarbeit
Dein kümmerliches Leben fristen?
Sitzt Du auf dem Geldsack —
Oder mußt Du mit Sorgen Dich zu Bette legen?
Hast Du Kapitalien auf der Bank —
Oder drücken Schulden Dich zu Boden?
Sind Deine Kinder versorgt —
Oder erwarten auch sie nur Not und Elend?
Bist Du Anhänger von Mord und Totschlag
Oder willst Frieden Du mit andern Völkern?

Entweder — Oder!!

Entweder Du gehörst zum Volke und bist Republikaner —
Oder Du bist unser Feind!

Du bist ein Monarchist,
ein Hakenkreuzler,
ein Orgeschmann,
ein Stahlhelmer,

Du bist ein Rechtsbolschewist,
ein Nationalist,
ein Militarist,
ein Freund des Völkermordes,
ein Annexionist.

Alle sind sie Feinde des werktätigen Volkes und Beschützer des internationalen Großkapitals!

Volk wache auf und schütze Deine Rechte!
Gefahr ist im Verzuge!

Jeder Arbeiter, Angestellte, Beamte!
Jeder Kleinkaufmann!
Jeder Handwerker!
Jeder Hand- und Kopfarbeiter!
Und alle die vielen Hausfrauen!
Alle haltet die Augen auf!

Nur ein Hüben und Drüben gibt es!
Ihr gehört zu uns, zu den Linksparteien!
Ueberall rechts stehen Eure Feinde!
Ueberall sind sie am Werke
Euch Eure heiß erkämpften Rechte wieder zu entreißen.

Fort mit den Feinden des Volkes!

Heraus mit den sogenannten neutralen General-Anzeiger-Pressen aus Eurem Hause!
Heraus mit den monarchistischen und kapitalistischen Zeitungen!
Sie haben nie Eure Interessen wahrgenommen!
Heraus und reine Bahn geschaffen!

Organisiert Euch in den freien Gewerkschaften!
Hinein in die Sozialdemokratische Partei!
Abonniert den Lübecker Volksboten!

Steht alle zusammen!!! Seid einig, einig, einig!!!